Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

Die Religionsgemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat strebt den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an – im Bild das „Institut für islamischen Theologie und Sprachen“ in Riedstadt-Goddelau, in dem diese islamische Religionsgemeinschaft ihre Imame für die Tätigkeit in Deutschland ausbildet.

- **Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch**
- **Hamburg: Ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete!**
- **BürgerInnenentscheid Freiburg: Mehrheit für neuen Stadtteil**
- **„Solidarität ist unteilbar“. Antirassismus-Konferenz**
- **Interview: „Die Anerkennung des Islam in der Öffentlichkeit durch den Status ‚Körperschaft des öffentlichen Rechts‘ ist für uns von großer Bedeutung“**
- **Kalenderblatt, 1848 Deutschland: Versammlungsfreiheit? – Wichtig!**

Ausgabe Nr. 3 am 14. Februar 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

online lesen: www.linkekritik.de/pb-i.html

Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch

Wolfgang Freye, Essen

Die Parteitage der Partei Die Linke sind immer mal wieder für Überraschungen gut. Der Europaparteitag und die anschließende Vertreterversammlung vom 22. bis 24. Februar haben Festlegungen zur Europawahl getroffen, die nach den langen Debatten der letzten Jahre zwischen „Bekenntnissen" der Partei zur europäischen Integration und nationalstaatlichen Orientierungen bis hin zum Austritt aus der EU so nicht zu erwarten war. Sowohl das verabschiedete Europawahlprogramm als auch die Liste für die Europawahl sind internationalistisch und reformorientiert, auch in Hinblick auf die EU.

Ende letzten Jahres hatte der Parteivorstand einen vorwiegend EU-kritischen Programmentwurf vorgelegt, in dem die EU gleich zu Beginn ähnlich wie im Grundsatzprogramm als „militaristisch, undemokratisch und neoliberal" bezeichnet wurde. Auch führende Parteivorstandsmitglieder sahen noch kurz vor dem Parteitag kaum eine Chance, diese Passage zu verändern. Etliche Änderungsanträge und eine Initiative von Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, Klaus Lederer und anderen kurz vor dem Parteitag haben dann doch etwas bewirkt, so dass schon der Parteivorstand bei der Beratung der Änderungsanträge die Zeile mit großer Mehrheit aus dem Programmentwurf herausgenommen hatte. Auf dem Parteitag gelang es nicht, das Rad wieder zurückzudrehen – Näheres im nächsten Artikel.

Abgrenzung von rechten Euroskeptikern

Auch in den Medien ist der Parteitag als europafreundlich eingestuft worden. Die europäische Rechte wird mit rechter Anti-EU-Polemik vermutlich deutlich gestärkt ins Europäische Parlament einziehen und wachsenden Einfluss erzielen. Der Wille, sich davon scharf abzugrenzen, ist bei vielen Mitgliedern und Wählerinnen und Wählern der Linken gewachsen. Dieser Wille dürfte ebenso zur Positionierung der Partei Die Linke beigetragen haben, wie die Tatsache, dass die Zusammenarbeit von linken und rechten Kräften weder in Griechenland noch in Italien Probleme gelöst hat. Gerade in Italien hat sie zu einer menschenverachtenden Politik gegenüber Flüchtlingen geführt, die den Tod Tausender Menschen im Mittelmeer kaltschnäuzig einplant.

Pia Klemp, Kapitänin der Seawatch 3, hielt einen mit viel Beifall bedachten Beitrag auf dem Parteitag. „Mit jedem Ertrinkenden im Mittelmeer ertrinkt das Menschenrecht", so ihre eindeutige Aussage. Und: „Menschenrechte sind unteilbar – so einfach ist das."

Die Verwerfungen, die der „mal eben" in Großbritannien beschlossene Brexit nach sich zieht, machen deutlich, wie eng die wirtschaftlichen Beziehungen in der EU sind. Die Gewerkschaften haben von etlichen Initiativen auf EU-Ebene profitiert und konnten dadurch wichtige soziale Regelungen erreichen – auch wenn die EU von einer Sozialunion weit entfernt ist. Diese Erfahrungen kann man nicht einfach leugnen.

Und noch etwas kommt hinzu: Die Partei Die Linke hat in den letzten Jahren viele Mitglieder gewonnen und ist jünger geworden. Das hat man auch auf dem Parteitag gemerkt. Für viele jüngere Menschen ist die europäische Integration eine Selbstverständlichkeit und nicht nur mit Urlauben im Ausland, sondern auch mit einem Teil der Ausbildung verbunden. Darauf fußt ein Stück weit auch die eindeutige Positionierung der Grünen für Europa, die zu ihrem derzeitigen Höhenflug beiträgt. Insofern ist die positive Wendung der Partei Die Linke weniger einer theoretischen Auseinandersetzung geschuldet als politischen Entwicklungen, die dann doch in der Partei angekommen sind und reflektiert werden.

„Liebeserklärung" an Europa

Der Wunsch, sich nicht in die Ecke der EU-Gegner einordnen zu lassen, war entsprechend in allen Reden von führenden Parteifunktionären zu spüren. „Für eine starke Linke in ganz Europa!", hatte Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der Linken, seine Rede überschrieben. Gabriele Zimmer, Fraktionsvorsitzende der linken GUE/GNL-Fraktion im Europaparlament, begann mit den Worten: „Europa ist eigentlich ein linkes Projekt." Katja Kipping warb dafür, die Kritik an der EU nicht den EU-Feinden zu überlassen und begründete dies so: „Auf eine andere EU hinzuarbeiten, ist die größere Liebeserklärung an Europa, als zuzulassen, dass die EU so bleibt wie sie ist." Und Gregor Gysi führte aus: „Gerade, weil die Rechte national und europäisch an dieser neoliberalen Zerstörung der Demokratie anknüpft und demokratische Strukturen und Grundrechte direkt angreift, müssen wir auch auf europäischer Ebene gegenhalten ... Deshalb kämpfen wir für ein Europa und eine EU mit sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Freiheit. Und dann können wir die EU nicht als notwendiges Übel sehen, sondern müssen sie als Chance begreifen ... Wir können und müssen die Menschen für unseren Weg in ein linkes Europa begeistern. Und wir müssen keine Angst haben vor einer angeblich europaskeptischen Stimmung ..."

Eine fehlte allerdings: Sahra Wagen-

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).
Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).
Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).
Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de
Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de
Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.
Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

knecht, Ko-Vorsitzende der Bundestagsfraktion, war schon seit längerem krank. Ein Fernsehjournalist der ARD frotzelte, gerade deshalb könne es der Linken vielleicht gelingen, auf ihrem Parteitag „Geschlossenheit“ zu zeigen. Tatsächlich war die Stimmung auch während der sehr kontroversen Debatte über Hunderte von Änderungsanträgen im Vergleich zu anderen Parteitagen deutlich sachlicher und entspannter. Zu einem kleineren, hinterher von einigen gezielt hochgespielten Eklat kam es lediglich darum, dass ein Antrag zur Situation in Venezuela und einer zur Konfrontationspolitik des Westens gegenüber Russland an den Bundesausschuss verwiesen wurden. Dies hatte mit einer Ablehnung der Anträge, wie auch von einem Parteivorstandsmitglied bei Facebook behauptet, gar nichts zu tun. Vielmehr wurden aus Zeitgründen alle Anträge verwiesen. Der Bundesausschuss hat die Anträge inzwischen auch mit großer Mehrheit beschlossen.

Pluralistische Europaliste mit Erfahrungen

Auch bei der Wahl zur Europaliste gab es zwar viele Kandidaturen, trotzdem setzte sich bis zum vermutlich letzten aussichtsreichen Platz 8 komplett die Liste durch, die der Bundesausschuss vorher ausgehandelt und vorgeschlagen hatte. Immerhin drei der bisher sieben Mitglieder im Europäischen Parlament haben aus Altergründen nicht mehr kandidiert, Gabriele Zimmer, Sabine Lösing und Thomas Händel. Mit Martin Schirdewan aus Thüringen (1), Cornelia Ernst aus Sachsen (3), Helmut Scholz aus Brandenburg (4) und Martina Michels aus Berlin (5) sind jedoch vier Mitglieder der jetzigen Fraktion im Europaparlament auf den vorderen Listenplätzen.

Neu auf der Liste sind Özlem Demirel aus NRW (2), Ali Al-Dailami aus Hessen (6), Claudia Haydt aus Baden-Württemberg (7) und Malte Fiedler, der als Kandidat des Jugendverbandes antrat (8). Auf der Liste sind damit sowohl Kandidaten, die dem Forum Demokratischer Sozialismus (fds) nahestehen als auch der Antikapitalistischen Linken. Kandidaten, die bei Landesparteitagen auch schon mal mit dem Austritt aus der EU oder zumindest dem Euro geliebäugelt haben wie Michael Aggelidis aus NRW, waren allerdings chancenlos.

In jedem Fall stehen die Voraussetzungen nun nicht schlecht für einen erfolgreichen Europawahlkampf. Ob die Klarstellungen des Parteitages noch vor der Europawahl wirken, bleibt abzuwarten. In den Umfragen dieses Jahres („Sonntagsfrage“) lag Die Linke zu den Europawahlen zwischen 6 bis 9 %, etwas unter den aktuellen Umfragen zur Bundestagswahl, bei denen sie zwischen 8 bis 10 % liegt. Die Partei ist durch die Auseinandersetzungen der letzten Jahre nach wie vor geschwächt. Der Parteitag 2018 in Leipzig, bei dem viele eine Spaltung nicht ausgeschlossen haben, ist gerade ein dreiviertel Jahr her.

Vierzehn Tage nach dem Parteitag hat Sahra Wagenknecht nun ihren Rückzug aus der Führung von „Aufstehen“ angekündigt. Die zynische Begründung, in der Anfangsphase seien Parteienvertreter wichtig gewesen, jetzt solle die Basis die Sache selbst in die Hand nehmen. So kann man das Scheitern des Versuches, eine Bewegung „von oben“ zu installieren, auch umschreiben. Erst sollte „Aufstehen“ den Einfluss von Sahra Wagenknecht in der Partei Die Linke ausweiten und ausbauen, jetzt verlässt sie die Spitze von „Aufstehen“, um ihren gesunkenen Einfluss in der Partei zu halten.

Bleibt zu hoffen, dass aus dieser Richtung keine Querschläge mehr kommen, die die Chancen der Linken bei der Europawahl mindern.

Europawahlprogramm 2019: internationalistisch, sozial, für Menschen- und BürgerInnenrechte und linke EU-Reformpolitik

Christoph Cornides, Mannheim

Auf ihrem Parteitag in Bonn vom 22. bis 24. Februar 2019 hat Die Linke mit großer Mehrheit der Delegierten ihr Europawahlprogramm 2019 verabschiedet. Der Entwurf des Parteivorstandes wurde in der Diskussion über mehrere hundert Anträge abgeändert und in Teilen erweitert. Viele Änderungsanträge wurden von den Antragstellern übernommen. Zwei Änderungsdiskussionen hatten besonderes Gewicht. Einmal die um die Streichung des „Labels“ „militaristisch, neoliberal und undemokratisch“ als generelle Charakterisierung der EU. Die Formulierung stand im ersten Programmentwurf des Parteivorstandes, wurde dann im weiteren Entwurf gestrichen und sollte in Änderungsanträgen auf dem Parteitag dann wieder aufgenommen werden. Diese Charakterisierung der EU wurde mehrheitlich und deutlich abgelehnt. Eine zweite wichtige Änderungsdiskussion war die um einen Antrag des Forums Demokratischer Sozialismus (fds). Danach sollte in das Wahlprogramm das Ziel der „Republik Europa“ und eines „Europa der Regionen“ als Perspektive linker Europapolitik aufgenommen werden. Dieser Antrag fand nicht wenig Unterstützung, aber keine Mehrheit. Einwände gegen die vorgeschlagenen Formulierungen gab es auch aus den Reihen derjenigen, die für soziale und politische Reformen der EU und gegen nationale Abschottung eintreten. Solche Kurzformeln für Visionen und Perspektiven klären zu wenig und sind mit dem Begriff „Europa der Regionen“ in der derzeitigen Diskussion auch nicht trennscharf gegen rechts.

Eine schon seit Jahren konstante Kompromissformel der Linken, die Reformen der EU nicht ausschließen und gleichzeitig Kritiken unterschiedlicher Art an der EU Raum lassen soll, wurde auch aufgenommen bzw. weitergeführt: die vom „Neustart“ Europas bzw. der EU. Sie kann aber im Kontext des jetzt verabschiedeten Wahlprogramms eine andere Gewichtung und Richtung einnehmen als bisher.

Kein Zurück hinter die beschlossene internationalistische Ausrichtung

Was der etwas holzschnittartige Titel „Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre“ zunächst einmal nicht unbedingt vermuten lässt, erschließt sich dann aber bereits im Einleitungsteil: Der Bonner Parteitag der Linken hat mit dem über 60 Seiten nicht eben kurzen Europawahlprogramm 2019 eine deutliche Richtungsentscheidung getroffen, die als solche auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Auch in Teilen der Presse über den Parteitag wird das Europawahlprogramm 2019 der Linken immerhin in die Kategorie „europa-optimistisch“ eingeordnet (stellvertretend z.B. der „Freitag“ vom 25.2.2019).

Wie auch immer man die Entwicklung aus Pressesicht benennen mag, mit dem Europaparteitag 2019 hat die Linke in Sachen Europäischer Union eine klare Abkehr von nationalstaatlichen Fixierungen und für eine linke, internationalistische Sicht auf Europa und die EU beschlossen, hinter die die Partei zukünftig kaum zurückgehen kann. Sie hat immerhin den Weg für eine an den Realitäten und dem Ist-Zustand der Dinge orientierte, strukturändernde, linke Europa- und EU-Reformpolitik geöffnet.

Gleich der zweite Abschnitt der Einleitung befasst sich mit der Frage der Verbindung von Kritik des Ist-Zustandes und den Perspektiven der notwendigen Veränderung: „Die Linke steht für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler

Solidarität. Die Linke befürwortet ein geeintes Europa. Zugleich sind wir überzeugt, dass die derzeitigen EU-Verträge keine taugliche Grundlage für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa sind. Die Europäische Union ist nicht so, wie wir sie wollen. Sie entspricht nicht einmal den selbst formulierten Zielen. Weil Neoliberalismus und Profitstreben in die EU-Verträge eingeschrieben sind. Zu oft steht Wettbewerb über dem Bedarf der Bevölkerung, die Freiheit der Unternehmen über der Freiheit der Menschen von Armut und Unsicherheit…"

Und weiter zu einer konkreten, praktisch/politischen Interpretation von Neustart: „Neustart der EU heißt, die Prioritäten umzukehren: Nicht die Freiheit des Marktes oder die Interessen einzelner Regierungen stehen an erster Stelle, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschen … Bei allem Widerspruch zur derzeitig vorherrschenden Politik in der EU: Es gibt viele Menschen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union, die ihre Hoffnungen mit der europäischen Integration verbinden. Gerade weil sie erkennen, dass Faschisten und Nationalisten die Europäische Union zerstören wollen und ein gefährlicher Nationalismus um sich greift. Viele fühlen sich angesichts der Entwicklung in Europa an die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts erinnert, an zwei durch Nationalismus hervorgerufene Weltkriege, und haben Angst davor, dass sich dieses Grauen mit einem Auseinanderbrechen der Europäischen Union wiederholt. Spätestens seit dem Brexit wissen viele Menschen, dass es wichtig ist, die europäische Idee und die Europäische Union zu retten. In einer Zeit, in der nicht nur die Europäische Union als Institution von rechts bedroht ist, sondern auch das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dem Kontinent Europa, wo Nationalisten nach der Macht in den einzelnen Nationalstaaten, aber auch auf der Ebene des Europäischen Parlaments greifen, in der einzelne Nationalstaaten gültiges internationales Recht oder auch die demokratischen und menschenrechtlichen Grundprinzipien außer Kraft setzen, braucht es eine starke, einige und entschlossene Linke, die für ein demokratisches und weltoffenes Europa kämpft … Die Zeit drängt. Deshalb braucht es eine neue Erzählung von Europa. Progressive linke Politik auf europäischer Ebene bedeutet: Mehr Europa wagen! Einige Erfolge auf dem Weg dorthin tragen schon die Handschrift linker Politik, seien es fortschrittliche Änderungen beim Vergaberecht, sei es das ‚Konto für alle', die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Entsenderichtlinie oder der verbesserte Datenschutz. Hier zeigt sich der Gebrauchswert linker Politik, genau dafür werden wir gewählt…"

Für linke EU-Reformpolitik und Kritik der EU und deutscher EU-Europapolitik

In zwölf Kapiteln wird im Europawahlprogramm 2019 sodann versucht, die mit der Einleitung eingeschlagene Richtung in den Einzelthemen linker Politik umzusetzen. Offen bleibt allerdings, wie und mit wem die Linke beim gegenwärtigen Stand der Dinge zu einer sozialen Änderung der EU bei den bestehenden Vertragsgrundlagen zwischen den Mitgliedsstaaten ansetzen will – noch dazu, wo Deutschland zu den Hauptverantwortlichen für den gegenwärtigen Stand der EU gehört. Genug Ansatzpunkte für linke Europapolitik auch im Rahmen der bestehenden Grundsatzverträge enthalten die zwölf Abschnitte aber allemal. Es bleibt die Aufgabe, daraus ein Aktionsprogramm der Linken für Europaparlament und deutschen Bundestag zu entwickeln.

Unter dem Abschnitt „3. Soziale Absicherung für alle, Armut in Europa abschaffen" z.B. fordert die Linke eine europäische Arbeitslosenversicherung und zwar zunächst in der Form eines Rückversicherungsfonds für die Arbeitslosenversicherungen der einzelnen Länder. Die Fristen, nach denen die Beschäftigten dem Sozialversicherungssystem des Arbeitsortes unterliegen, sollen verkürzt werden. Gefordert wird auch die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer und die Einführung von Mindeststandards bei Einkommen und Renten oberhalb der Armutsrisikogrenzen der einzelnen Länder. Darüber hinaus fordert die Linke den Ausbau des öffentlichen Sektors und auf den örtlichen und regionalen Ebenen eine Stärkung der Selbstverwaltung. „Wir wollen Gesundheit, Wohnen, Mobilität und Energieversorgung in öffentlicher Hand – nicht als Ausnahme von den EU-Regelungen, sondern als deren Bestandteil. Die Verträge und Richtlinien der EU müssen entsprechend geändert werden."

Die Entwicklung der Regionen soll mit einem europäischen Investitionsprogramm gestärkt werden. „Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen."

Die Linke fordert eine weitere Stärkung der Rechte des EU-Parlaments und eine Demokratisierung der Institutionen. „Politische Entscheidungen in der EU sollen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Entscheidungen sollen auf den Ebenen getroffen werden, die am stärksten davon betroffen sind: kommunale Angelegenheiten in den Kommunen und Länderangelegenheiten in den nationalen Parlamenten."

Die Linke fordert die Erweiterung sicherer Fluchtwege und im Kampf gegen Fluchtursachen nicht zuletzt die Schließung der Finanzierungslücke der UNO-Flüchtlingsorganisation, der UNHCR, des Welternährungsprogrammes und der Weltgesundheitsorganisation. Anzuerkennende Fluchtursachen müssen erweitert und die Visa-Vergabe erleichtert werden.

So gesehen beinhaltet das Europawahlprogramm also nicht nur eine politische Neuorientierung, sondern auch eine Fülle von Themen und Vorschlägen für konkretisierende Diskussionen mit den Wählerinnen und Wählern im Europawahlkampf.

Dr. Erhard Crome, Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Internationale Politik der Zeitschrift „Welttrends" aus Potsdam (siehe Politische Berichte 9/2018), hat am 15. Februar in München einen Vortrag zu Folgerungen aus der Kündigung des INF-Vertrags gehalten.

Für eine neue Entspannungspolitik

Dr. Erhard Crome, Potsdam

Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele Menschen in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und in Mali, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe" in Südosteuropa und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist wieder Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Mit dem Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten der EU sollen Möglichkeiten geschaffen werden, auch unabhängig von den USA Militärmacht einsetzen zu können.

Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat inzwischen eine eigene Geschichte von fast drei Jahrzehnten. Nach dem Kalten Krieg erstand in der Mitte Europas das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen. Die deutsche Außenpolitik wurde schrittweise verselbständigt. Grundsatz bundesdeutscher Außenpolitik – bereits der westdeutschen vor 1989 – war es, Alleingänge zu vermeiden und stets im Bündnis bzw. im Rahmen internationaler Organisationen zu handeln,

sei es die Europäische Union, die Nato oder auch die UNO. Kam es zu einer Differenz in der Positionierung der USA oder Frankreichs, entschied sich die bundesdeutsche Außenpolitik dann für eine der beiden Positionen.

So verweigerte die Schröder-Regierung 2003 die Teilnahme Deutschlands am Irak-Krieg der USA, sah sich dabei aber in demonstrativer Übereinstimmung mit Frankreich. Die deutsche Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zur Resolution 1973 (17. März 2011), die den Weg zum Krieg westlicher Länder in Libyen öffnete, war der erste Fall, dass Deutschland nicht mit den USA, Frankreich und Großbritannien, wohl aber mit China, Russland, Indien und Brasilien stimmte – den aufstrebenden Mächten des 21. Jahrhunderts. Das war Signal an die früheren westlichen Besatzungsmächte und langjährigen Verbündeten in Nato und EU, dass Deutschland nur dann mit ihnen übereinstimmt, wenn es seinen Interessen entspricht. Deutsche Interessenwahrnehmung in der internationalen Politik ist keine abgeleitete Funktion von „Bündnisverpflichtungen" mehr, die andere definieren.

Im Jahre 2017 betrugen die weltweiten Rüstungsausgaben lt. Friedensforschungsinstitut SIPRI 1.739 Milliarden US-Dollar. Das sind erneut mehr als im Vorjahr, der Anstieg lag bei 1,1 Prozent, und deutlich mehr, als am Ende des Kalten Krieges: 1989 wurden weltweit etwa 1400 Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgegeben. An der Spitze wieder die USA mit 610 Milliarden US-Dollar – in diesen Zahlen war die Erhöhung des Rüstungsbudgets der USA für das Folgejahr auf 716 Milliarden US-Dollar noch nicht einmal enthalten. Auf Platz zwei China mit 228 Milliarden US-Dollar, gefolgt von dem kriegsführenden Saudi-Arabien mit einer Steigerung um 9,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 69,4 Milliarden US-Dollar. Russland hat ein Fünftel weniger als im Vorjahr ausgegeben und liegt mit 66,3 Milliarden US-Dollar auf dem vierten Platz. Deutschland schlägt in der SIPRI-Liste mit 44,3 Milliarden US-Dollar (36,7 Milliarden Euro) zu Buche und rangiert auf einem 9. Platz. Die 29 Nato-Staaten haben zusammen 881 Milliarden US-Dollar für das Militär ausgegeben. Das ist mehr als das Dreizehnfache Russlands, das von Nato-Protagonisten als große Gefahr an die Wand gemalt wird. Die Fragen von Krieg und Frieden haben nach dem Ende des Kalten Krieges nicht an Relevanz verloren, sondern wieder an Bedeutung gewonnen.

US-Präsident Donald Trump hatte bereits am 20. Oktober 2018 verkündet, die USA seien entschlossen, den Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen (Intermediate Range Forces – INF-Vertrag) aus dem Jahre 1987 aufzukündigen, mit dem beide Seiten auf landgestützte Nuklearraketen mit kürzerer (500 bis 1000 km) und mittlerer Reichweite (1000 bis 5500 km) verzichteten. Damit wird ein zentraler Tragpfeiler des am Ende des Kalten Krieges geschaffenen Systems der Europäischen Sicherheit zerstört. Der US-Präsident erklärte, Russland würde gegen den Vertrag verstoßen und neue Mittelstreckenraketen entwickeln.

SpiegelOnline verwies darauf, dass John Bolton bereits vor sieben Jahren im Wall Street Journal unter der Überschrift: „Ein Raketen-Vertrag, der uns schadet", für den einseitigen Austritt der USA aus dem Vertrag plädiert hatte. Der notorische Gegner von Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen hatte damals kein offizielles Amt. Seit April 2018 ist er Sicherheitsberater von Donald Trump. (SpiegelOnline, 23. Oktober 2018) Er dürfte als Vater oder zumindest Haupteinflüsterer der Idee eines INF-Austritts gelten. Gleichwohl würde Boltons Sicht nicht so bedeutsam sein, passte sie nicht in Trumps Grundposition, die USA müssten in Sachen militärischer Rüstung „an der Spitze des Rudels" bleiben.

Geostrategisch ist es Folge der Osterweiterung der Nato bis an die Grenzen Russlands, dass der INF-Vertrag mittlerweile fragwürdig scheint. Aus Sicht Russlands sind die Maßnahmen in Rumänien und Polen zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems der Nato nicht gegen Nordkorea oder Iran, sondern von Anfang an gegen Russland gerichtet. Das Aegis-Kampf- und Feuerleitsystem, das die US-Marine für den Einsatz von See entwickelt hatte, wurde in Rumänien erstmals landgestützt aufgestellt und fällt damit unter das INF-Verbot. Die USA erklären, das seien Abwehrsysteme. Nach russischer Auffassung könnten die jedoch auch Atomsprengköpfe tragen. Das trifft ebenfalls auf die US-Langstreckendrohnen zu, deren technische Merkmale mit den nach INF-Vertrag verbotenen landgestützten Marschflugkörpern übereinstimmen. Hier lautet die US-amerikanische Ausrede, „eine Kampfdrohne sei kein Marschflugkörper, weil sie an den Standort zurückkehren könne". Dass es den Opfern eines Atomschlages egal sein dürfte, ob das Trägermittel eine Cruise Missile war, die mitexplodierte, oder eine Drohne, die an den Ausgangsort zurückfliegt, um eine weitere Nuklearbewaffnung aufzunehmen, wird bei einer solchen Argumentation unterschlagen. Zudem konnte es auf dem technischen Stand von 1987 keine Antizipation von Kampfdrohnen geben. Insofern müssten hier die Verifikationsmechanismen des Vertrages greifen, die jedoch nicht genutzt wurden. Russland hatte den USA Vertragsbruch vorgeworfen, aber den Vertrag nicht aufgekündigt.

Nach westlicher Einschätzung ist Russland im Vergleich zu Sowjetunion und Warschauer-Pakt-Organisation während des Kalten Krieges gegenüber der heutigen erweiterten Nato strategisch ins Hintertreffen geraten, weshalb es (im Sinne eines Kriegsführungs-, nicht eines Kriegsverhinderungsdenkens) auf einen früheren Einsatz von taktischen und operativ-taktischen Atomwaffen setzen müsse. Deshalb habe Russland neue Marschflugkörper für den Mittelstreckenbereich entwickelt, die nach westlicher Lesart gegen den INF-Vertrag verstoßen. Die USA beschuldigten Russland nicht erst durch Bolton und Trump, sondern bereits unter Barack Obama 2014, landgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite von 2.600 km getestet und produziert zu haben. Zudem argumentieren die USA mit einer militärstrategischen Unterstellung: Da etliche Staaten in seiner östlichen und südlichen Peripherie – gemeint sind Iran, Pakistan, Indien und China – über Mittelstreckenwaffen verfügen, die Russland verboten sind, könne es geostrategisch nicht mehr an den Begrenzungen des INF-Vertrages interessiert sein.

Die deutsche Bundesregierung ließ durch ihre stellvertretende Sprecherin, Ulrike Demmer, bereits am 21. Oktober 2018 mitteilen, sie würde die Entscheidung Trumps, sich aus dem INF-Abkommen zurückzuziehen, bedauern. Der INF-Vertrag sei ein wichtiges Element der Rüstungskontrolle und diene in besonderer Weise auch europäischen Interessen. Dann kritisierte sie aber nicht etwa Trump, sondern forderte Russland auf, „die schwerwiegenden Zweifel an seiner Vertragstreue auszuräumen, die durch einen neuen russischen Raketentyp aufgekommen sind." Die Folgen der US-Entscheidung müssten im Kreis aller Nato-Partner beraten werden. Das neuerliche Gefühl, die Wiederkehr landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen würde erneut heißen: „Je kürzer die Reichweite, desto deutscher die Toten", führte nicht zu einer Intervention in Washington, sondern zum Einlenken gegenüber den USA. Die Nato-Außenminister warfen auf ihrem Treffen am 4. und 5. Dezember 2018 Russland geschlossen vor, mit neuen Marschflugkörpern gegen den INF-Vertrag zu verstoßen, und forderten Russland auf, diese zu verschrotten. Das war kein Schritt zur Rettung des Vertrages in deutschem Interesse, sondern nur eine neue Drehung in der anti-russischen Kampagne. Deutschlands Regierende sind bei der Schuldzuweisung an Russland geblieben und behaupten weiterhin, gegen eine neuerliche Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa zu sein. Sie tun aber nichts, weder im nationalen Rahmen noch innerhalb der Nato, um dies wirklich zu verhindern. Damit wurde erneut eine friedenspolitische Chance vertan.

zuerst veröffentlich in „MitLinks" 67/2019

Sklaven am Bau – Situation im Vereinigten Königreich

Bill Lawrence, Newcastle upon Tyne

In den Politischen Berichten 6/2018 hatten wir über die Bauarbeitermigration und die sogenannten Gangmasters[1] auf dem Gebiet des Vereinigten Königreiches (UK) berichtet. Wir berichteten, dass der UK-Bausektor größere Probleme bei der Qualifikation und der Rekrutierung von Arbeitskräften hat. Eines von drei Unternehmen beschäftigt daher Arbeitskräfte aus anderen Ländern, um die Lücken zu schließen. Über zehn Prozent der Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftszweig sind aus EU-Ländern, hauptsächlich aus Polen, Rumänien und Litauen. Im Großraum London ist die Hälfte der Bauarbeiter nicht in UK geboren.

Die meisten Arbeitsmigranten werden von Gangmasters angeworben. Diese müssen eine Zulassung von der zuständigen Regierungsbehörde GLAA[2] vorweisen können, um ihr Geschäft ausüben zu dürfen.

Das GLAA-Gremium besteht aus sieben Personen des öffentlichen Lebens, die vom Innenminister ernannt werden. Sie kommen aus der Wirtschaft. Es sind neben führenden Industriellen aus der Nahrungsmittel- und Fischereiindustrie auch Spezialisten für Personal sowie Stellenvermittlungen. Es gibt keine Vertreter der Bauindustrie, auch nicht von Beschäftigten oder Gewerkschaften.

Im Jahr 2017 wurden der internationalen Anti-Sklaverei-Hotline 1300 Fälle moderner Sklaverei gemeldet. 167 davon betrafen den Bausektor. So viele aus der Bauindustrie wollen das immer noch nicht wahrhaben. Und das, obwohl mehr als 70 der größten Namen in der Industrie eine wegweisende Vereinbarung unterzeichnet haben, moderne Sklaverei und Arbeitsausbeutung aus dem Sektor auszumerzen. Das sogenannte „construction protocol" (Bausektor-Protokoll) verpflichtet die Unterzeichner zur Zusammenarbeit mit der GLAA.

„Arbeiter innerhalb des Bausektors sind in Gefahr, missbraucht und ausgebeutet zu werden. Das ist moderne Sklaverei, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen, und ich freue mich, dass Baufirmen begonnen haben, sich dieser Angelegenheit anzunehmen", sagt Kevin Hyland, der britische Anti-Sklaverei-Kommissar bei der Herausgabe seines Berichts. „Es geht darum, ein faireres System aufzubauen, das die heutzutage gängige Sklaverei aus den Subunternehmerketten im Bausektor heraushält." Ab sofort müssen im UK angesiedelte Firmen mit einem Jahresmindestjahresumsatz von 36 Millionen Pfund jedes Jahr Rechenschaft darüber ablegen, was sie gegen die Sklaverei in ihren Untervergabeketten tun.

Die britische Nicht-Regierungs-Organisation FLEX (Focus on Labour Exploitation), mit dem Schwerpunkt Antisklaverei, stellte fest, dass in London mindestens ein Drittel aller europäischen Arbeitsmigranten in der Bauindustrie ohne Bezahlung arbeiten mussten, ohne saubere Verträge, und dass sie verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt waren. FLEX fordert mehr Inspektionen auf den Baustellen und sagt, dass moderne Sklaverei die britische Bauindustrie trägt, die mit jährlich mindestens 100 Milliarden Pfund zur britischen Wirtschaftsbilanz beiträgt. In der britischen Bauindustrie gibt es weniger als einen Gewerbeaufsichtsbeamten auf 10000 Arbeiter, in Polen sind es 1 zu 5000, in Norwegen 1 zu 3000.

Die Berichte der GLAA über den Vollzug sind armselig. Der neueste Jahresbericht für 2017 weist für alle britischen Unternehmen lediglich 66 Überprüfungen auf Einhaltung der Regeln auf. Gemeinsame Operationen der GLAA mit Polizei und anderen Agenturen sind dünn gesät.

Im September 2018 wurden in Iver, Buckinghamshire, acht Männer von 100 Beamten befreit, die gezwungen worden waren auf Baustellen zu arbeiten. Zwei Männer und ihre Frauen, die diese Arbeiter beaufsichtigten, wurden festgenommen. Ebenfalls im September wurden zwei indische Angestellte verhaftet und ein 44 Jahre alter rumänischer Bauarbeiter aus der Sklaverei befreit. Das Opfer berichtete den Behörden, dass seine Ausweispapiere und sein Lohn einbehalten wurden, er mit Gewalt bedroht wurde. Bei einer Razzia im November wurde ein Schlepper festgenommen. Sechs Landsmänner von ihm, um die 20 Jahre alt, illegal auf die britische Insel für Arbeit auf dem Bau eingeschleust, wurden aus ihrer Sklaverei befreit.

Im Januar 2019 erlebten elf rumänische Bauarbeiter bei einer morgendlichen Razzia im Zentrum Londons in einem Haus mit Eigentumswohnungen die Verhaftung eines 49jährigen Landsmanns. Der Einsatzleiter der NCA (nationale Verbrechensagentur –National Crime Agency) sagte dazu: „Die heutige Operation ist das Ergebnis von Nachforschungen über eine rumänische Gruppe, die der Beteiligung an illegalem Schleusen und Arbeitsausbeutung in der Bauindustrie verdächtig war. Wir gehen davon aus, dass die Opfer gezwungen worden waren, unter schrecklichen Bedingungen zu leben und der Gruppe mit den Mitteln einer Art Schuldknechtschaft – sehr wenig Lohn für die Arbeit, die sie erbrachten – ausgeliefert waren."

Bill Lawrence, Sekretär der britischen Kampagne Schutz am Bau (UK Construction Safety Campaign CSC); Mitglied von UNITE, macht regelmäßig Reisen nach Brüssel zu Treffen mit Delegierten aus ganz Europa und EFBH-Funktionären. Auf diesen Reisen beobachtete er einige dieser Schleuser in Aktion. „Früher wären sie auf dem internationalen Bahnhof in London gestanden, um neu ankommende Arbeiter anzuwerben. Heutzutage nehmen sie die Kanalfähre von Calais und laufen in den Schiffsräumen und -bars mit dem Ziel umher, Migranten zu verführen, für sie zu arbeiten", sagt Bill und fügt hinzu: „Wenn man nur wenig Arbeitsinspektoren auf den Baustellen findet, auf See findest du noch weniger."

[1] Der Begriff des „gangmaster" stammt ursprünglich von der Fischerei, Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung: gangmaster vermittelten Saisonarbeitskräfte (früher oft Kinder und Frauen). Er wird auch im Sinne von illegalen Schleppern verwendet.

[2] GLAA: Gangmasters & Labour Abuse Authority – Regierungsbehörde für Vermittler und Arbeitskräfte-Missbrauch. Der GLAA wird verschiedentlich vorgeworfen, ineffektiv, und hauptsächlich auf Medien fokussiert zu sein und Gremiumsmitglieder mit Interessenkonflikten zu haben.

Übersetzung: Eva Detscher und Rolf Gehring

Ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete!

Christiane Schneider, Hamburg

Ende Februar hat die Linksfraktion mit einem Antrag an die Bürgerschaft den Vorschlag eines humanitären Landesaufnahmeprogramm zur Debatte gestellt: Hamburg soll jährlich mindestens hundert besonders schutzbedürftige Geflüchteten aufnehmen. Insgesamt, so schlagen wir vor, soll im Rahmen des Programms eine Kapazität von mindestens 500 Plätzen aufgebaut werden.

Grundlage für ein eigenes Landesaufnahmeprogramm ist § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz, der es ermöglicht, dass eine Landesbehörde im Einvernehmen mit den zuständigen Bundesbehörden besonders schutzbedürftigen Geflüchteten einen gesicherten Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen erteilt, ohne dass sie ein Asylverfahren durchlaufen müssen.

In den letzten Monaten haben drei Bundesländer ein solches humanitä-

res Landesaufnahmeprogramm in vergleichbarer Größenordnung auf den Weg gebracht: Berlin und Brandenburg kooperieren bei einem Aufnahmeprogramm, das sich vorrangig an Jezidinnen in Nordirak richtet. In Schleswig-Holstein hatte der Landtag im Juli 2018 einstimmig bei Enthaltung der AfD ein Landesprogramm für insgesamt 500 besonders vulnerable Personen beschlossen. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR, dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, hat man sich mit Zustimmung der Bundesbehörden inzwischen entschieden, sich dabei auf die Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern in Ägypten und Äthiopien zu konzentrieren.

Weltweit waren 2018 68,8 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Konflikten, Verfolgung, nicht mitgerechnet die Millionen, die aufgrund ökologischer Krisen oder der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zur Migration gezwungen sind. Der UNHCR geht davon aus, dass es einen Resettlementbedarf für rund 1,2 Millionen Geflüchtete gibt. Das bedeutet, dass 1,2 Millionen besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus dem Land, das sie zunächst aufgenommen hat, in einen zur Aufnahme bereiten Drittstaat umgesiedelt werden müssen, weil sie ansonsten den dringend benötigten Schutz nicht erhalten. Resettlement ist also kein Ersatz für reguläre Asylverfahren, sondern eine Ergänzung zum Schutz besonders vulnerabler Geflüchteter.

Die existierenden Resettlementprogramme werden dem Bedarf nicht annähernd gerecht. Das EU-Resettlement-Programm 2018/2019 etwa sieht die Aufnahme von 50 000 Menschen vor. 10 200 von ihnen will die BR Deutschland aufnehmen. In den Landesaufnahmeprogrammen sehen wir eine zwar in ihrem Umfang beschränkte, gleichwohl wichtige Initiative „von unten".

Unser Vorschlag für Hamburg orientiert sich an einem von drei Schwerpunkten für Resettlement-Programme, die der UNHCR entwickelt hat: Libyen. Vor einigen Wochen hat Kanada angekündigt, 750 Geflüchtete aufzunehmen, die in Libyen wie Sklaven gehalten wurden, sowie weitere 100 Menschen, die aus Gefängnissen und Lagern in Libyen gerettet werden konnten und in Flüchtlingslagern in Niger leben. Zum Vergleich: Aus dieser Gruppe will das Bundesinnenministerium lediglich 300 Menschen aufnehmen – beschämend wenig.

Es kann längst von niemandem mehr bestritten werden: Libyen ist die Hölle für Geflüchtete. Wer über Libyen nach Europa zu flüchten versucht, ist in Gefahr, verhaftet oder gekidnappt zu werden. Die Zustände in den offiziellen libyschen Gefängnissen sind katastrophal: Oft teilen sich mehr als 70, manchmal sogar 150 Menschen eine Zelle, ohne ausreichend Platz, Luft, Essen, Trinken, medizinische Versorgung und oft willkürlicher Gewalt ausgesetzt.

Was aus den von Menschenhändlern betriebenen Lagern berichtet wird, ist noch schlimmer: Die Gefangenen werden geschlagen, gefoltert, vergewaltigt, zur Zwangsprostitution gezwungen, als Sklaven oder für Organhandel verkauft, für Zwangsarbeit missbraucht, und immer wieder gibt es Hinrichtungen.

Das alles ist bekannt, auch der EU und der Bundesregierung, wie ein öffentlich gewordener Geheimbericht des Europäischen Auswärtigen Dienstes zeigt und wie die Bundesregierung eingeräumt hat. Trotzdem kooperiert die EU mit der libyschen Küstenwache, unterstützt sie finanziell, bildet sie aus und rüstet sie militärisch auf. Nach Schätzung von „Ärzte ohne Grenzen" wurden im ersten Halbjahr 2018 rund 12 000 Menschen mit Unterstützung der EU von dieser Küstenwache aufgebracht und nach Libyen zurückgebracht.

Hamburg muss das Mögliche tun, um Geflüchtete aus den Fängen ihrer Folterer zu befreien und sie aufzunehmen. Oder auch Geflüchtete, die den libyschen Gefängnissen und Lagern entkommen sind, meist physisch und psychisch zerstört, oft ohne Perspektive, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, ohne Zukunft in Lagern in Niger – ihnen bleibt, wenn sie noch etwas Kraft und Mittel haben, nur die Alternative, erneut den Weg nach Europa über Libyen und dann das Mittelmeer zu suchen, mit dem hohen Risiko zu ertrinken. Deshalb schlagen wir vor, dass sich ein eigenes humanitäres Landesaufnahmeprogramm auf diese Gruppe besonders schutzbedürftiger Menschen konzentriert.

Unser Antrag wurde mit den Gegenstimmen der AfD in den Innenausschuss überwiesen, wo er nun ausführlich diskutiert werden wird. In der Bürgerschaftsdebatte am 27.2. ergab folgendes Bild: Die SPD tat sich sehr, sehr schwer mit dem Antrag und verwies auf die bisherigen Leistungen Hamburgs bei der Aufnahme von Geflüchteten; man müsse sich nicht an anderen Bundesländern orientieren, sondern gehe ja oft voran. Die CDU unterstützte unseren Antrag nicht, verschloss sich aber nicht vollständig, sondern betonte die Notwendigkeit, mit dem Bundesinnenministerium zusammenzuarbeiten. Die Grünen zeigten Sympathie für ein Hamburger Landesaufnahmeprogramm. Überraschend war vor allem die FDP, die unserem Antrag recht viel abgewinnen konnte und die eine ergebnisoffene Diskussion im Innenausschuss einforderte. Angesichts dieser Konstellation besteht noch Hoffnung, dass die Überweisung in den Ausschuss nicht einfach nur die stille Beerdigung unserer Initiative für ein Hamburger Landesaufnahmeprogramm bedeutet.

INFO: Einige Fakten

Insgesamt leben in Hamburg etwa 56 000 Geflüchtete, davon etwa 34 500 mit einer Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, etwa 8800 Menschen mit einer Niederlassungserlaubnis, etwa 7200 mit einer Aufenthaltsgestattung und 5600 Menschen mit Duldung. Die Zahl der Menschen ohne Papiere (illegalisierte Geflüchtete) ist unbekannt. 2018 wurden 1100 Menschen mit Zwangsmaßnahmen (also Abschiebungen etc., aber auch überwachte sogenannte „freiwillige Ausreisen" rückgeführt.

Hamburg gehört zu den fünf Bundesländern (neben Hamburg Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Thüringen), *die seit 2013 ein Landesaufnahmeprogramm für Menschen aus Syrien* haben. Das Problem dieses Programms ist aber, dass es sehr restriktiv ist. Es gilt ausschließlich für den Familiennachzug zu Verwandten ersten oder zweiten Grades in Hamburg; diese müssen Verpflichtungserklärungen abgeben, d.h. für den Lebensunterhalt aufkommen. 2017 und 2018 wurden deshalb im Rahmen dieses Programms gerade einmal 67 Personen aufgenommen.

„Sicherer Hafen": Die Bürgerschaft hat im September 2018 den Senat aufgefordert, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen und die Bereitschaft dem Bundesinnenminister mitzuteilen. Damit gehört Hamburg zu den insgesamt ca. 40 Städten und Gemeinden, die ihre Bereitschaft erklärt haben. Infolgedessen hat die BR Deutschland in den letzten Monaten nach langem Zögern in ihre Bereitschaft erklärt, insgesamt 185 Gerettete, vor allem von den Schiffen Aquarius I und II sowie Sea Eye, Prof. Albrecht Penck und Sea Watch III, aufzunehmen. Es sind bisher 89 eingereist.

Beim *Relocation-Programms der EU* (Umsiedlung von Geflüchteten, die in Italien und Griechenland unter schlimmen Bedingungen festgehalten werden) hatte sich die BR Deutschland verpflichtet, 27 500 bis Ende 2017 aufzunehmen. Tatsächlich wurden bis Ende Oktober 2018 nur 5446 Personen aus Italien und 5931 Personen aus Griechenland aufgenommen. Hamburg hatte zugesagt, 700 Personen aufzunehmen – tatsächlich kamen lediglich 456.

DOK: Aktionen – Initiativen

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen

– Öffentlicher Dienst Länder: Tarifeinigung erzielt

Nach einer eindrucksvollen Warnstreikwelle und vielfältigen Aktionen haben die Gewerkschaften Verdi, Erziehung und Wissenschaft und die Gewerkschaft der Polizei mit der Tarifgemeinschaft der Länder am 2. März 2019 eine Einigung erreicht. Eine Einigung für die Beamten steht noch aus. Wir dokumentieren im Folgenden aus Stellungnahmen der Gewerkschaften und aus deren Umfeld.

Erhöhung der Entgelte im Volumen von 8 Prozent!

Das Ergebnis im Überblick: Die Einigung sieht eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter im Gesamtvolumen von 8 Prozent mit einer Laufzeit von 33 Monaten vor. Darin enthalten ist eine ausgeprägte soziale Komponente. Über die Laufzeit haben alle Beschäftigten damit mindestens 240 Euro mehr im Monat.

Das Ergebnis im Detail: Rückwirkend zum 1. Januar 2019 wird es eine Lohnerhöhung von 3,2 Prozent mit mindestens 100 Euro geben, zum 1. Januar 2020 weitere 3,2 Prozent mit mindestens 90 Euro und zum 1. Januar 2021 noch einmal 1,4 Prozent mit mindestens 50 Euro. Für die Auszubildenden steigen die Vergütungen insgesamt um 100 Euro in zwei Schritten von 50 Euro, rückwirkend zum 1. Januar 2019 und zum 1. Januar 2020. Wie auch schon beim Abschluss mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) erhalten sie zudem einen zusätzlichen Urlaubstag und werden nun auch 30 Urlaubstage haben.

Und auch das wurde vereinbart: In allen 15 Entgeltgruppen im Landesdienst sollen die Einstiegsgehälter in den Eingangsstufen für Neueinsteiger aufgewertet werden. Diese Aufwertung beträgt im Volumen rund 11 Prozent und erfolgt in zwei Schritten zum 1. Januar 2020 sowie zum 1. Oktober 2020.

Die Anpassung der Jahressonderzahlung Ost-West wird nicht berührt. Der Bemessungssatz ist in Ost und West gleich. Die Garantiebeträge werden zum 1. Januar 2019 für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrages auf 100 Euro (Entgeltgruppen 1 bis 8) bzw. 180 Euro (Entgeltgruppen 9 bis 15) erhöht. Der jeweilige Garantiebetrag ist begrenzt auf den Unterschiedsbetrag bei einer stufengleichen Zuordnung. Die bisherige Entgeltgruppe 9 wird in die Entgeltgruppen 9a und 9b aufgeteilt.

Die monatlichen Ausbildungsentgelte der Auszubildenden nach dem TVA-L BBiG und die Tarifentgelte der Praktikantinnen und Praktikanten nach dem TV Prakt-L werden wie folgt erhöht:

a) zum 1. Januar 2019 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro und

b) zum 1. Januar 2020 um einen weiteren Festbetrag in Höhe von 50 Euro.

c) Der Urlaubsanspruch erhöht sich um einen Tag auf 30 Urlaubstage.

d) Die Übernahmeregelung wird für weitere zwei Jahre wieder in Kraft gesetzt

Darüber hinaus haben wir zahlreiche strukturelle Verbesserungen in der Entgeltordnung erreicht. Als hälftigen Ausgleich der daraus entstehenden Mehrkosten wird die Jahressonderzahlung für die Jahre 2019 bis 2022 für beide Tarifgebiete festgeschrieben. Grundlage für die Berechnung der Höhe der Jahressonderzahlung sind die Entgeltwerte aus 2018.

VERBESSERUNGEN IN DER ENTGELTORDNUNG FÜR DEN SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDieNST

Grundsätzlich erfolgt die Übernahme der Tätigkeitsmerkmale der Entgeltordnung VKA für den Bereich Sozial- und Erziehungsdienst ... Für Beschäftigte mit koordinierenden Aufgaben wurden in den Entgeltgruppen S 9, S 15 und S 17 eigene, neue Merkmale geschaffen ... Beschäftigte mit einem Bachelorabschluss „Kindheitspädagogik“ bzw. „Elementarpädagogik“ sind wie Erzieherinnen und Erzieher einzugruppieren, wenn sie in der Erziehung von Kindern oder Jugendlichen eingesetzt sind ... Das Risiko der Herabgruppierung bei der Eingruppierung der Kita-Leitungen und deren ständige Vertretungen im Falle der Unterschreitung der Durchschnittsbelegung wird deutlich vermindert ... Eine Sollvorschrift zur Bestellung einer ständigen Vertretung der Leitung ist vereinbart. Hierdurch soll eine bisherige Praxis, keine stellvertretenden Kita-Leitungen zu bestellen und dadurch die entsprechenden höheren Eingruppierungen zu umgehen, ausgeschlossen werden ... Mit der neuen Entgeltordnung wird es eine eigene Tabelle für den Sozial- und Erziehungsdienst auf der Grundlage der Systematik der Tabelle im kommunalen Bereich im Sozial- und Erziehungsdienst und der dort vereinbarten besonderen Stufenregelungen geben.

TARIFERGEBNIS STEHT – BESOLDUNGS¬ANPASSUNG JETZT!

Verdi fordert, dass das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung der Beamt*innen der Länder und Kommunen sowie der Richter*innen und die Dienstordnungsangestellten übertragen wird. Eine entsprechende Zusage gibt es von der Arbeitgeberseite aber nicht. Dies sei Sache jedes einzelnen Landes und der Parlamente ... Für Verdi ist die Tarif- und Besoldungsrunde erst beendet, wenn das Tarifergebnis in allen Ländern auf die Besoldung übertragen ist. Deshalb wird es in den kommenden Wochen weitere Aktivitäten der Beamt*innen geben, in denen sie ihre Interessen gegenüber der Politik aktiv vertreten. Verdi ruft die Beamt*innen der Länder und Kommunen zu einer breiten Beteiligung auf!

https://www.verdi.de

GdP-Bundestarifkommission nimmt Ergebnis der Tarifrunde 2019 an

Malchow: Hoher Druck der Straße hat „mehr als zufriedenstellendes Ergebnis“ ermöglicht.

Nach hartem Ringen haben die Gewerkschaften in der Tarifrunde 2019 ein für die rund 800 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (öD) in den Ländern mehr als zufriedenstellendes Ergebnis erzielt, erklärte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow am Samstagabend in Potsdam. „Der Abschluss hat eine starke soziale Komponente. Jede und jeder Beschäftigte wird über die Laufzeit hinweg mindestens 240 Euro mehr bekommen“, unterstrich Malchow. Der Verhandlungsmarathon über drei Tage und Nächte erbrachte nach GdP-Angaben eine Lohnsteigerung von acht Prozent im Gesamtvolumen bei einer Laufzeit von 33 Monaten. Die Gehälter steigen in insgesamt drei Schritten ... „Wir haben gegen erbitterten Widerstand die Arbeitgeber dazu gebracht, bei der notwendigen Anpassung der Entgeltregelungen für die Länderbeschäftigten an die Beschäftigten im Bund und den Kommunen ebenfalls Zugeständnisse zu machen. Alles in allem ist das ein Abschluss, der die Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöht“, betonte Malchow nach der Pressekonferenz zur Vorstellung des Tarifergebnisses. Das liege vor allem auch an der überproportionalen Anhebung der Stufe 1 der Entgeltordnung um elf Prozent.

https://www.gdp.de

GEW: Ordentlicher Abschluss

Als „ordentlichen Abschluss“ hat die GEW das Tarifergebnis für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten bezeichnet. Die Gehälter steigen in drei Schritten um 8 Prozent, darin enthalten ist eine soziale Komponente von 240 Euro über die Vertragslaufzeit von 33 Monaten. Der Verdienst von Berufsanfängern wird überproportional erhöht. „Das Ergebnis stärkt die Attraktivität des öffentlichen Dienstes“, sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Samstag in

WIR MACHEN Tarif.

WIR SIND ES WERT.

Tarifrunde 2019 powered by ver.di

Erhöhung der Entgelte im Volumen von 8 Prozent!

TARIFEINIGUNG ERZIELT!

Nach einer eindrucksvollen Warnstreikwelle konnte ver.di am 2. März 2019 eine Tarifeinigung erreichen. Deutliche Erhöhungen der Entgelte und Verbesserungen in der Entgeltordnung erzielt.

Das Ergebnis im Überblick:

Die Einigung sieht eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter im Gesamtvolumen von 8 Prozent mit einer Laufzeit von 33 Monaten vor. Darin enthalten ist eine ausgeprägte soziale Komponente. Über die Laufzeit haben alle Beschäftigten damit mindestens 240 Euro mehr im Monat.

Warnstreik im öffentlichen Dienst der Landesbeschäftigten, Stuttgart — Foto: Joachim E. Roettgers

Potsdam nach Abschluss der Tarifverhandlungen ... Als Teil des Pakets gebe es über die Gehaltssteigerungen hinaus Verbesserungen für viele Lehrkräfte. „Die Angleichungszulage der angestellten Lehrerinnen und Lehrer erhöht sich um 75 auf 105 Euro. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung Paralleltabelle getan – auch wenn sich die GEW noch mehr gewünscht hätte. Aber jetzt gibt es eine verbindliche Vereinbarung über den Weg, wie die Paralleltabelle endgültig erreicht wird“, sagte Tepe. Die Gewerkschaften konnten sich zudem bei einem zentralen Thema in der Tarifrunde durchsetzen: Die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienste der Länder arbeiten ab dem 1. Januar 2020 zu den gleichen Gehaltsbedingungen wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen. Das bedeutet für die Beschäftigten deutlich mehr Geld im Portemonnaie. „Das ist ein deutliches Zeichen der Anerkennung der gesellschaftlich wichtigen Arbeit, die Erzieherinnen sowie Sozialarbeiter und Sozialpädagogen leisten“, so Tepe.

www.gew.de

Tarifabschluss für Landesbeschäftigte – Angriff auf die Grundlagen der Entgeltordnung abgewehrt

„Wir haben mit dieser Einigung Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung gehalten und gleichzeitig einen Frontalangriff der Länderarbeitgeber auf die Grundlagen der Entgeltordnung abgewehrt“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach das Verhandlungsergebnis zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 2. März 2019 in Potsdam: „Die TdL-Forderung nach ‚Neubewertung des Arbeitsvorgangs‘ klingt vielleicht harmlos, hätte aber flächendeckend zu einer zum Teil deutlich schlechteren Eingruppierung für die Beschäftigten geführt. Das hätte jede lineare Erhöhung aufgefressen. Das konnten die Gewerkschaften verhindern.“

Das Gesamtpaket der Einigung bezeichnete Silberbach als „den sprichwörtlichen ehrlichen Kompromiss“. Auf der Habenseite stünden das lineare Gesamtvolumen von 8 Prozent, die deutliche Aufwertung der Pflegetabelle im Krankenhausbereich und die vollständige Durchsetzung der Gewerkschaftsforderungen bei den Auszubildenden.

Schmerzhafte Zugeständnisse hätten die Arbeitnehmervertreter vor allem bei der Vertragslaufzeit und beim Thema Strukturverbesserungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels machen müssen. Silberbach: „Gerade in den Mangelberufen hätten wir die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nachhaltiger stärken müssen und können. Mehr Zukunft war mit der TdL aber nicht durchzusetzen. Darauf werden wir in der nächsten Einkommensrunde zurückkommen. Für uns als dbb ist außerdem völlig klar, dass die Landesregierungen jetzt in der Pflicht sind, das Volumen des Abschlusses zeit- und systemgerecht auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. Erst dann ist die Einkommensrunde 2019 abgeschlossen.“

https://www.dbb.de

Für dieses Tarifergebnis haben wir nicht gestreikt!

Ablehnen statt Austreten!

Das in vielen Medien berichtete Tarifergebnis von 8% sieht in Wirklichkeit ganz anders aus. Unter Berücksichtigung der Absenkung der Sonderzahlung beträgt die Entgelterhöhung 2019 lediglich 2,8% bis 2,9% (für die Entgeltgruppen und -stufen, in denen nicht der Mindesterhöhungsbetrag oder die Sonderregelung zur Stufe 1 angewendet wird).

Das trifft ebenso für 2020 zu: da sind es 2,9% bis 3,0% und für 2021 nur noch 1,2%.

Die gesamte Erhöhung beträgt also nur um die 7,2%, mit Sonderregelungen für einen Teil der Kolleg*innen. Wir schlagen daher vor, das Tarifergebnis vom 2.3.2019 abzulehnen!

6% bzw. mindestens 200 Euro monatlich – das waren unsere Forderungen!

https://berlineraktiongegenarbeitgeberunrecht.wordpress.com/2019/03/05/fuer-dieses-tarifergebnis-haben-wir-nicht-gestreikt/

Abschluss im öffentlichen Dienst: Bescheidener als behauptet

„Frank Bsirske wird hoffen, dass die Einigung, die am Samstagabend in Potsdam erzielt wurde, als krönender Abschluss seiner Laufbahn als Verdi-Chef in Erinnerung bleiben wird. Fast acht Prozent mehr Lohn: Das klingt gut. Doch wie meist ist die Laufzeit länger als von den Gewerkschaften gewünscht. Durch die Splittung fallen die erreichten Erhöhungen eher mager aus. Denn gefordert waren sechs Prozent und mindestens 200 Euro mehr pro Monat für eine Million Länderbeschäftigte, und zwar allein für dieses Jahr. Auf drei Jahre hochgerechnet wären das mehr als 18 Prozent bzw. mindestens 600 Euro brutto mehr gewesen. Angesichts der gerade in Metropolen rasant steigenden Lebenshaltungskosten und der hohen Verantwortung, die die Kolleginnen und Kollegen tragen, wäre das nur gerecht gewesen. Und der eklatante Fachkräftemangel in Schulen und Kitas, in Kliniken und Verwaltung zeigt, dass es objektiv nötig wäre. Doch hier hat erneut das Dogma der Sparsamkeit gesiegt. Und so bekommen die Beschäftigten im Jahresschnitt wenig mehr als einen Inflationsausgleich bzw. nur 80 statt 200 Euro Minimum. Immerhin: Verdi hat einen Extrazuschlag für die Krankenpflege ausgehandelt.

http://www.labournet.de/branchen/dienstleistungen/oedienst/tarif-und-besoldungsrunde-2019-mit-der-tarifgemeinschaft-der-laender-sechs-prozent-mehr-gehalt-mindestens-jedoch-200-euro/?cat=7716

BürgerInnenentscheid Freiburg: Mehrheit für neuen Stadtteil

Dietenbach ökologisch und sozial gestalten

Gregor Mohlberg, Freiburg

In Freiburg fand ein intensiver Wahlkampf statt. Ausgangspunkt war ein von den BürgerInnen initiierter Bürgerentscheid zu der Frage, ob ein vom Stadtrat zur Bebauung vorgesehenes Gelände bebaut werden solle oder nicht. Der Bürgerentscheid zwang die Stadtgesellschaft sich zu den aktuellen Fragen unserer Zeit zu verhalten, diese zu diskutieren und sich eine Meinung zu bilden. Wie sollen wachsenden Städte die Wohnraumfrage lösen, wie soll bezahlbarer Wohnraum geschaffen und erhalten werden? Welche Antworten müssen wir auf die Klimafrage finden und wie wollen wir mit der knappen Ressource Boden umgehen?

Bürgerentscheid – knappes Ergebnis

Die FreiburgerInnen entschieden sich nach einem kurzen aber heftigen Wahlkampf mit 60 zu 40 für den Bau eines neuen Stadtteils. Die Mehrheit der BürgerInnen brachte damit zum Ausdruck, dass sie einen sozialen Stadtteil befürwortet, der eine klare Antwort auf die Frage der knappen Wohnraumversorgung gibt. Das Ergebnis war am Ende relativ deutlich, wenngleich die Tatsache, dass hinter dem Beschluss für einen neuen Stadtteil 90% der Gemeinderatsmitglieder standen, aber nur 60% der wählenden Bevölkerung diese Überzeugung per Stimmabgabe zum Ausdruck gebracht haben.

Die Gründe für das dennoch relativ knappe Ergebnis scheinen in der Nachbetrachtung des Wahlkampfes vielfältig und sie reichen, von einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die „herrschende“ Politik, über tatsächliche gemachte Fehler bei der Errichtung der letzten neuen Stadtteile Rieselfeld und Vauban – die heute zu den teuersten Gebieten der Stadt zählen – bis hin zu grundsätzlicheren Abschottungsvorstellungen von einem Freiburg ohne neue Auswärtige. Eine Bestandsaufnahme von erheblicher Sprengkraft, die nicht ohne Auswirkung auf den kommenden Kommunalwahlkampf bleiben wird.

Politik der Linken Liste

Die Planungen für den Stadtteil Dietenbach stammen noch aus der Zeit als Dieter Salomon Bürgermeister der Stadt war und gehen auf einen Beschluss des Gemeinderats von vor ca. 5 Jahren zurück. Eingebracht wurde der Antrag damals vor allem von CDU und SPD. Der Stadtteil sollte die Antwort darstellen auf die damals vorliegenden Bevölkerungswachstumsprognosen und die zunehmend erreichten Grenzen der Innenverdichtung. Die Linke Liste hatte allerdings schon damals darauf hingewiesen, dass ein neuer Stadtteil ohne eine feste Quote für den sozialen Wohnungsbau das Wohnungsproblem nicht lösen würde und sich dem Projekt gegenüber sehr verhalten positioniert. Für Bürgermeister Salomon war immer klar, dass es für den Stadtteil keine Quote bräuchte und das allein die bloße Erweiterung des Wohnungsangebots den Markt als solche entlasten sollte.

Mitglieder der Linken Liste/Solidarische Stadt Freiburg beim Wahlkampf für den Bebauungsplan und die Schaffung von 3 000 Sozialwohnungen

Dass sich die Linke Liste im Wahlkampf ganz eindeutig für den Stadtteil ausgesprochen hat, kann man nur vor dem Hintergrund entscheidender politischer Veränderungen und Weichenstellungen in der Stadtpolitik verstehen. Der Umgang mit dem neuen Stadtteil wurde mit der OB-Wahl vom Mai 2017 interessanter und zum Thema stadtpolitischer Auseinandersetzungen. Mit dem von der Linken unterstützten Wahlkampf um die Bündniskandidatin Monika Stein wurde die Frage der 50%-Quote für den neuen Stadtteil prominent platziert und dann auch von dem durch die SPD unterstützen Kandidaten und heutigen OB Martin Horn zunehmend aufgegriffen. Die folgende Abwahl Salomons, der als einziger bis zuletzt diese Quote ablehnte, festigte eine tendenzielle Mehrheit für die Quote im Gemeinderat und brach die bis dato bestehende schwarz-grüne Mehrheit im Gemeinderat auf. Mit dem aufkommenden Bürgerentscheid ergriffen wir als Linke Liste dann erneut erfolgreich die Chance, die 50%-Quote als verbindliche Planungsgrundlage im Gemeinderat beschließen zu lassen. Die hier gefundene Mehrheit umfasste neben der SPD, den Linken und diverse progressiven kleineren Listen auch die Stimmen der CDU und der FDP und war sicher auch von der Furcht getrieben, dass ohne soziale Zugeständnisse der neue Stadtteil vorzeitig scheitern könnte.

Die Linke Liste hat damit ihre Chancen geschickt genutzt und verfolgt damit sehr planmäßig und zielgerichtet die politische Umsetzung einer ihrer zentralen politischen Forderungen. Freiburg braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, errichtet und betrieben als Sozialwohnungen und in öffentlicher bzw. in gemeinwohlorientierter Hand (u.a. Genossenschaften und Mietshäusersyndikat). Über einen von der Stadt entwickelten Stadtteil besteht genau dafür die beste Chance. Als Linke Liste haben wir unter der Vorgabe einer Einhaltung der 50%-Quote und einer Vergabepolitik, die die gemeinwohlorientierten Träger bevorzugt, einem Fortgang der Planungen für den neuen Stadtteil Dietenbach zugestimmt und schließlich auch im Bürgerentscheid klar Position bezogen. Genauso konsequent werden wir allerdings den weiteren Planungsprozess auch ablehnen, sollten diese Vorgaben – wider Erwarten – nicht eingehalten werden.

Grundsätzlich und im Bezug auf neue Flächenversiegelungen war es immer Position der Linken Liste, dass ökologische und soziale Fragen nicht gegeneinander in Position geführt werden dürfen. Die letztendliche Entscheidung haben wir uns daher auch nicht einfach gemacht. Wir sind nach diversen Mitgliederversammlungen aber immer wieder zu der Auffassung gelangt, dass wenn dieser Wohnraum in Freiburg nicht entsteht, es verschieden soziale und ökologische negative Folgen haben wird. Soziale in dem Sinn, dass die Verdrängung weiter voranschreitet. Menschen mit viel Geld nehmen sich den Wohnraum in der Stadt, den sie brauchen und bezahlen können,

mit allen Vorzügen (nahe Kitas und Schulen, Infrastruktur (die wir übrigens alle bezahlen), Theater, Kinos, Straßen, Freizeit, Tram usw. Menschen mit wenig Geld müsse die Stadt sukzessive verlassen und dann teuer einpendeln, ohne Sozialticket im Landkreis, um dann die Besserverdienenden als Pfleger, Bäckereifachverkäuferinnen und Kindergärtner zu bedienen. Ökologische Folgen hat es, weil Wohnraum zwangsläufig weiter im Umland entstehen wird, als Punktbauten und mit einer wesentlich geringeren Pro-Kopf-Flächen-Quote als über dichtes urbanes Bauen und Wohnen, mit effektiver Nutzung von teurer Abwasser- und Wärmeinfrastruktur. Zusätzlich nähmen PendlerInnen-Verkehre weiter zu, und damit auch Straßennutzung und CO2-Eintrag.

Es gab auch gute und nachvollziehbare ökologische und wachstumskritische Argumente gegen den Stadtteil. Eine Lösung für die sozialen Fragen boten sie für uns aber leider nicht. Diese wäre aber notwendig angesichts der realen Gefährdung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft. So lassen die benannten „Alternativen" der GegnerInnen keine Auflösung mit 3000plus Sozialwohnungen zu, Nachverdichtung lässt die benötigte sozio-kulturelle Infrastruktur (Kitas, Schulen, Parks, Räume) nicht mitwachsen und Aufstockungen, dort wo sie baurechtlich und statisch überhaupt möglich sind, entstünden vornehmlich auf privaten Gebäuden und hier dann nicht als preiswerte geförderte Sozialwohnungen.

Gemischte Kritik an der Neubebauung und wichtige Diskussion in der Stadtgesellschaft

Was im Wahlkampf sehr gewundert hat, ist wie stark auch in den Reihen der GegnerInnen immer wieder eine Kritik an der Finanzierbarkeit der von uns geforderten 50%-Quote vorhanden war. Wer eine Kritik an der Wachstums- und Konsumgesellschaft hat, muss doch sehr dafür sein, wenn für SOZIALES und ökologische Bauen auch öffentliche Mittel und Zuschüsse in Anspruch genommen werden und die Wohnungsbestände in öffentlicher Hand bleiben und nicht durch renditeorientierte Investoren realisiert werden. Dieser Fakt muss nachdenklich machen, denn er macht deutlich wie vielschichtig auch das Lager der GegnerInnen war und dass es eben nicht vornehmlich auch umweltpolitisch engagierten Menschen bestand, sondern eben auch aus einer Personengruppe, die ganz grundsätzlich Angst vor Veränderung hat und auch keine Notwendigkeit für die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum sieht.

Mit 60 zu 40 haben sich am 24. Februar die FreiburgerInnen schließlich aber für einen neuen Stadtteil Dietenbach entschieden und damit einen beispielhaft zentralen politischen Diskurs ausgetragen, im Spannungsfeld zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialem Fortschritt. Zum anderen haben sie einen wichtigen politischen Meilenstein gesetzt für die wohnungspolitischen Debatten bundesweit. Ganz konkret wird die 50%-Quote für den sozialen Mietwohnungbau bei Neugebieten damit aktueller State-of-the-Art. Diesen Fakt können Wohnungs- und MietenpolitikerInnen nun bundesweit für sich wirksam machen. Was das bedeuten kann, kann nicht wertvoll genug eingeschätzt werden.

Dahinter steckt das Verständnis und die Erkenntnis (in Freiburg einer faktischen Mehrheit), dass substanzielle politische Maßnahmen, auf Basis auch massiver öffentlicher Kosten und Güter, nicht länger rein-ökonomischen Interessen weniger geopfert werden dürfen, sondern einen massiven sozialpolitischen Impact haben müssen, insbesondere dann wenn sie auch mit ökologischen Einschränkungen verbunden sind.

Holbeinpferd oder Holbeinpferdle ist die umgangssprachliche Bezeichnung einer Pferdeplastik in Freiburg im Breisgau, die durch zahlreiche anonyme Umgestaltungen gewisse Bekanntheit erreicht hat … Seit den frühen 1970er Jahren wird die Skulptur immer wieder von Unbekannten sorgfältig bemalt und dekoriert.[2] Früher geschah dies nur in der Nacht, wird inzwischen aber auch tagsüber gemacht. Dabei wird meist kreativ versucht, ein bestimmtes Thema darzustellen (aus wikipedia). Im akuellem Bild haben sich anonyme Künstler für den Bebauungsplan ausgesprochen.

Politische Kultur weiter fördern

Zudem fand der Bürgerentscheid an den Grenzen politischer Kultur statt, durchsetzt von schrillen Tönen, unterkomplexen Problemaufrissen- und Beschreibungen (FakeNews) und wurde doch letztendlich durch politische Kultur aufgelöst, hier durch eine klare und sachliche Antwort verschiedener politischer Akteure und sozialer Initiativen und Verbände (ganz faktisch vom Mietshäusersyndikat, über die Gewerkschaften, linkspolitische Kräfte, über die SPD, Grüne, Freie WählerInnen bis hin zur CDU). Wer dahinter allerdings so etwas wie das Establishment wähnt, greift zu kurz, denn es gab und gibt keineswegs keine Differenzen, sondern eben nur eine gemeinsame sachliche Antwort auf Teil-Debattenbeiträge, die entweder unterkomplex blieben und wirkten oder die instrumentalisierend mit einem „Die-da-oben" gegen „Die-da-unten"-Duktus operierten.

Und auch das ist klar: Mietenpolitik hört in Freiburg nicht mit dem Bürgerentscheid auf. Der Dietenbach ist eine langfristige und richtige Maßnahme, wenn er gut gemacht wird, es bleiben aber massive Probleme bestehen. Wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Freiburger Stadtbau ein zentrales Mittel wird, jetzt bezahlbare Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Und wir müssen jetzt, alles daran setzen, dass dem gemeinwohlorientierten Sektor eine Vorrangrolle zukommt.

Grundsätzlich müssen Bürgerentscheide auch zu Bauleitfragen begrüßt und weiter erhalten werden und die politische Kultur dafür muss weiter wachsen. Ein Bürgerentscheid schafft Raum für Debatten und Politisierung. In einem solchen Prozess konnte die Art und Weise der Umsetzung des neuen Stadtteils in Freiburg und ein konkreter sozialer Mehrwert weiter festgezurrt werden. Bewusst machen müssen wir uns aber, dass es auch an uns liegt in einer solchen Debatte den sachlichen Kern zu wahren und Populismen entgegenzutreten. Auch nach dem Bürgerentscheid in Freiburg ist nicht endgültig entschieden, ob die Lösung der Wohnungsfrage in Nachverdichtung oder Neubau liegt. Die Wahrheit liegt vermutlich weiter dazwischen und wir stehen nach wie vor zwischen vielen Gleichzeitigkeiten. Wohnungsnot und Mangel. Überbordender privater Flächenverbrauch und den Resten für das Kollektive. Politische Machtfragen und ideeller politischer Wille. Wie löst man das auf, ohne an konkreten sozialen Härten vorbei zu handeln und ohne sich mitschuldig zu machen an einem unkritischen Weiter-so? Vermutlich nur mit harter und ehrlicher politischer Arbeit und dem Mut auch schwierige Debatten zu führen – immer wieder.

DOK Kommunale Politik

Ulli Jäckel, Hamburg

THEMA: Freiräume erhalten

Erhalt des Ostermannplatzes richtige Entscheidung: Essen. Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt die Entscheidung der Bauverwaltung, den Ostermannplatz zu erhalten und Vonovia keine Ausnahmeregelung vom geltenden Bebauungsplan zu geben. Denn für den dringenden Bedarf an Kitaplätzen stehen Alternativstandorte zur Verfügung, wie die Verwaltung auf Anfrage der Linken bekannt gab. „Es ist ein Erfolg für die Anwohner, dass der Ostermannplatz als grüne Oase und sozialer Treffpunkt erhalten bleibt", so Ratsherr Wolfgang Freye für Die Linke im Planungsausschuss. „Wir haben uns von Anfang an für den Erhalt des Platzes als öffentlicher Raum, einschließlich der Bäume eingesetzt. Wie unsere Anfrage gezeigt hat, war dies auch gar nicht nötig, denn es gibt Alternativstandorte im bzw. angrenzend an das Eltingviertel. Die Parkplätze an der Blücherstrasse befinden sich sogar vollständig im Besitz der Stadt, es gibt aber auch andere, vielversprechende Möglichkeiten, z.B. auf einem freien privaten Grundstück." Die Linke hat auch immer wieder darauf hingewiesen, dass Vonovia – wenn der Konzern die Kita selbst bauen will – auch einige Wohnungen zusammenlegen und umbauen könnte. Das hat der Konzern jedoch abgelehnt. Als Reaktion auf die Ablehnung des Bauantrages hat er im Übrigen jetzt auch den Pachtvertrag für den Spiel- und Bolzbereich auf dem Ostermannplatz zum 30.6.2019 gekündigt. „Vonovia sollte sich jetzt nicht ‚bockig' zeigen und die Trotzreaktion zurückziehen," so Wolfgang Freye abschließend. „Zu einem attraktiven Viertel gehören nicht nur Wohnungen, sondern auch Freiraum. Das erst macht die Lebensqualität aus, gerade wenn der Klimawandel immer mehr die Innenstädte erreicht. Auch wenn Vonovia dadurch vielleicht ein paar Euro Miete weniger einnimmt. "

https://www.linksfraktion-essen.de

Oberbillwerder: Falscher Ort für schöne Pläne: Hamburg. Der Senat hat heute seinen Masterplan für den neuen Stadtteil Oberbillwerder vorgestellt. „All die schönen Pläne können nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit diesem Großprojekt die problematische Versiegelung der Stadt vorangetrieben wird, ohne dass nach Alternativen gesucht wurde. Die besondere Kulturlandschaft wird hier unwiederbringlich zerstört", stellt Stephan Jersch fest, Bergedorfer Abgeordneter der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Die Linke in Bergedorf hat Alternativen zur maßvollen Entwicklung von Wohnungsbau und Stadtentwicklung an bestehenden Quartieren im Bezirk vorgelegt, über die Rot-Grün jedoch nicht ernsthaft diskutieren wollte." „Der so genannte Masterplan ist in Wirklichkeit in weiten Teilen ein Zeugnis von Planlosigkeit", ergänzt Michael Mirbach, Vorsitzender der Fraktion Die Linke in der Bezirksversammlung Bergedorf. „Zahlreiche wichtige Fragen wie etwa zur Verkehrsplanung, zur Entwässerung, zu den in Aussicht gestellten Arbeitsplätzen oder zu den voraussichtlichen Kosten werden durch den Plan nicht beantwortet."

https://www.linksfraktion-hamburg.de

Schließung Wiesenredder Freibad: unsozial und undemokratisch! Hamburg. Der Senat verweigert Auskünfte zu Betriebs- und Personalkosten des Bäderland-Freibads Wiesenredder, das er schließen will. Die Fläche des Freibads soll für Wohnungsbau an einen privaten Investor verkauft werden, dafür soll das ca. 2,5 Kilometer entfernte Hallenbad für rund zehn Millionen Euro um ein Außenbecken erweitert werden. Hintergründe des Deals wollte der bezirkspolitische Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, Stephan Jersch, mit seiner Anfrage (Drs. 21/14150) erfahren. „Die Schließung des letzten städtischen Freibads im gesamten Bezirk Wandsbek durch den Senat ist eine weitere Kürzung an der sozialen Infrastruktur in Hamburg", kritisiert der Abgeordnete. „Angeblich ist der Betrieb nicht wirtschaftlich. Unabhängig davon, dass wir den Betrieb von Freibädern als staatliche Aufgabe sehen – wenn wir Abgeordnete an keine Informationen kommen, um die Argumentation beurteilen zu können, wie sollen wir den Senat dann kontrollieren?" Die Entscheidung zur Freibadschließung wurde durch eine Weisung der Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnen getroffen und damit ein gerade begonnenes Bürgerbegehren gestoppt. Die Bezirksversammlung Wandsbek kann die Entscheidung über den Bebauungsplan, der normalerweise in ihrem Entscheidungsbereich liegt, nicht mehr beeinflussen. Jersch kritisiert: „Wenn sich Bürgerinnen und Bürger wehren wollen, werden Bürgerbegehren durch eine Weisung einfach im Keim erstickt." Julian Georg, Vorsitzender der Linksfraktion Wandsbek ergänzt: „Wir werden uns nicht damit abfinden, dass der Senat uns die Kompetenz entzieht. Diese Art der Politik ist undemokratisch, sie schadet dem Ansehen der Politik und schafft Frust in der Bevölkerung." Das Freibad Wiesenredder liegt unmittelbar neben dem früheren RISE-Gebiet Großlohe und dem jetzt beschlossenen RISE-Gebiet Rahlstedt-Ost. „Die Schließung des Freibads würde die positive Entwicklung dieser Gebiete konterkarieren", so Georg: „Gerade für Familien, die sich keinen teuren Urlaub leisten können, ist das Freibad ein wichtiger Ort."

https://www.linksfraktion-hamburg.de

Ratsgruppe Linke und Piraten vor Ort: Besuch bei den Kleingärtnern in Hannover/Hainholz. Am Mittwoch, den 13.02.2019 war die Ratsgruppe mit dem Gruppenvorsitzenden und baupolitischen Sprecher Dirk Machentanz (Die Linke) sowie mit dem zuständigen Bezirksratsherrn aus dem Stadtbezirk Hannover Nord Fares Rahabi (Die Linke) bei den gefährdeten Kleingärtnern in Hannover/Hainholz zu Besuch. Wie bereits berichtet, ist es hinsichtlich der 18 Hainhölzer Kleingartenparzellen durch einen angeblichen Zählfehler in der vergangenen Ratsversammlung (24.1.2019) nicht zu der erforderlichen Mehrheit des Ampelbündnisses (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/FDP) gekommen, um den Laubenpiepern mit diesem Votum kurzfristig zu kündigen. Das Regierungsbündnis wollte ursprünglich auf dem Gebiet eine Gewerbeansiedlung sowie einen kostenintensiven Radweg anlegen. Erreicht wurde vorerst ein Aufschub von einem Jahr. Die Ratsgruppe zeigt sich beim Besuch in Hainholz solidarisch mit den Kleingärtnern, die zum Teil schon jahrzehnte hier einen Ort der Erholung und Heimat gefunden haben. Die Ratsgruppe der Linken und Piraten im Rat der Landeshauptstadt Hannover ist daher auch über die Frist von einem Jahr hinaus für die unbefristete Weiterexistenz der 18 Kleingartenparzellen und somit für den Erhalt von raumgewordener Vergangenheit und Verwurzelung in Hainholz.

www.linksfraktion-hannover.de

SPD-Fraktion verbreitet Unwahrheit über Kritiker des Günthersburghöfe-Projekts: Frankfurt a.M. Die „Frankfurter Neue Presse" (14.2.2019) zitiert Holger Tschierschke, den zweiten Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Römer, mit der Aussage, dass das Günthersburghöfeprojekt „im Gegensatz zu den Behauptungen der Protestierenden auch eine große Zahl bezahlbarer und geförderter Wohnungen schafft". Dazu erklärt Andrea Siebold von Climate Jusctice FFM/Rhein-Main: „Unser Protest richtet sich gegen den Bau von hochpreisigen Wohnungen auf dem artenreichen Gartengelände – insbesondere durch die Instone AG. Dass die Absicht besteht etwa 30 Prozent geförderter Wohnraum zu bauen, wurde in vielen Reden bei der Demonstration kommuniziert und steht in unserem

Aufruf. Auch wenn Herr Tschierschke nicht bei der Demo war: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil." Am 9.2. hatten etwa 400 Menschen unter dem Motto „Grüne Lunge bleibt! Stadt für alle statt Luxuswohnungen! Klima schützen statt Autos und Beton! Instone stoppen!" gegen das Projekt Günthersburghöfe demonstriert. Zum Abschluss der Demonstration wurde von Aktivistinnen und Aktivisten eine erste Baumplattform zum Schutz der Grünen Lunge installiert. „Klimaschutz und bezahlbarer Wohnraum sind für uns kein Widerspruch", ergänzt Andrea Siebold. „Geförderter Wohnraum könnte auf den bereits versiegelten Flächen im Westen und Süd-Westen des Geländes errichtet werden. Wer ökologische und soziale Probleme gegeneinander ausspielt, will letztlich beide nicht lösen. Anders als Herr Tschierschke suggeriert, geht es bei dem Güthersburghöfe-Projekt vor allem um teueren Wohnraum. Die Wohnungspreise von bis zu 2,5 Mio. beim Instone-Projekt Marienhospital sprechen für sich."
http://www.frankfurter-info.org

Städtisches Stiftungsland bebauen: Frankfurt.a.M. Allein die stadtnahe Stiftung „Allgemeiner Almosenkasten" besitzt insgesamt 275 Hektar an Grundstücken im Stadtgebiet. Dies geht aus dem Bericht des Magistrats (B 165/ 2018) als Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Römer hervor. Wie viele Grundstücke davon sich für den Wohnungsbau eignen, soll der Magistrat der Stadt Frankfurt jetzt auf Antrag der Linken prüfen. Diese sollen dann im Erbbaurecht für einen Erbpachtzins von 0,5 Prozent vergeben werden, und zwar ausschließlich an die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding GmbH zum Bau von 100 Prozent geförderten Wohnungen, gemeinnützige Genossenschaften und Gemeinschaftliche Wohngruppen. Dazu Eyup Yilmaz, planungs- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion: „Die Stiftung „Allgemeiner Almosenkasten" ist eine städtische Stiftung, die potenzielles Bauland in Frankfurt besitzt. Bevor die Stadt wie beim geplanten Wohngebiet am Günthersburgpark wichtige Biotope zerstört, muss zuallererst die Möglichkeit geprüft werden, dieses Stiftungsland zu bebauen. Hier hat die Stadt die Möglichkeit, durch die Vergabe im Erbbaurecht kostengünstigen Wohnungsbau zu verwirklichen und damit dem Mangel an sozial- und bezahlbaren Wohnungen entgegenzuwirken." Die hohen Bodenpreise stellen einen erheblichen Kostenfaktor beim Wohnungsbau in Frankfurt dar. Die steigenden Kosten fließen in die Mietkalkulationen ein, was zu steigenden Mieten führt. Durch die Vergabe an die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding GmbH, gemeinnützige Genossenschaften und Mietshäuser-Syndikate wird sichergestellt, dass auf den Grundstücken günstige Mietwohnungen gebaut werden.
http://www.frankfurter-info.org/

Die Linke will mehr und nachhaltigere Alleen: Duisburg. „Laut einer Vorlage der Verwaltung, soll das in Arbeit befindliche Alleenkonzept dazu dienen, schneller Alleen zu fällen. Duisburg braucht aber mehr und nachhaltige Alleen", so Lukas Hirtz, für Die Linke im Umweltausschuss. „Wir dagegen sind der Meinung, dass wir mehr Straßenbäume und Alleen brauchen: Sie sind nicht nur schön, sie erfüllen auch wichtige Funktionen für die Tierwelt. Ganz besonders wichtig sind Stadtalleen für das Mikroklima. Klar gesagt: Alleen machen Duisburg lebenswert. Mehr davon!" Die Linke hat für den Umweltausschuss am Freitag den 8.2. einen Antrag vorgelegt, bei dem klare Forderungen an das neue Alleenkonzept gestellt werden. „Die Bäume müssen nicht unbedingt wie Zinnsoldaten aufgereiht werden", erklärt Hirtz weiter „wir haben mit Experten ein Konzept aufgelegt, bei dem Alleen dauerhaft gestaltet werden können, besser an die Umgebung angepasst sind und zur Artenvielfalt beitragen. So könnten an engeren Stellen etwa kleinere Bäume genutzt werden. Besonders würde uns eine Verwendung heimischer Obstarten freuen, die auch einen höheren Wert für die Tiere haben. Es soll auch darauf geachtet werden, dass regelmäßig blühende Bäume gepflanzt werden. Das erfreut Menschen und Insekten."
http://www.linksfraktion-duisburg.de

Die Linke will Schottergärten anzählen! Mönchengladbach. Mit gleich zwei Anträgen im Umweltausschuss und weiteren Gremien der Stadt will Die Linke den Schottergärten an den Kragen. Diese auch im Volksmund „Gärten des Grauens" genannten Öko-Fallen bergen vielfältige negative Folgen für Flora, Fauna und Klima. Sie führen z. B. zu einem weiteren Anstieg der sommerlichen Temperaturen in der Stadt und Tiere finden dort keine Nahrung, weder Insekten noch Vögel, die sich von Regenwürmern ernähren. Zudem kann das Wasser bei Starkregenereignissen nicht ordentlich abfließen, denn die Schottergärten versiegeln den Boden durch Unterfütterung mit Unkrautvlies. „Wir müssen diesem Trend, der sich immer weiter ausbreitet, unbedingt mit allen geeigneten Maßnahmen entgegen wirken, denn es ist unsere Pflicht, die Folgen des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels soweit wie möglich abzumildern. Die Landesbauordnung gibt uns da gute Mittel an die Hand, die wir sehr leicht nutzen können", gibt sich Sabine Cremer, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, kämpferisch. Die Landesbauordnung enthält nämlich ein Begrünungsgebot für nicht überbaute Flächen in §8 Absatz 1 (1) und dies soll laut Antrag der Linksfraktion so in zukünftige Bebauungspläne eingearbeitet werden, dass sich neue Schottergärten von vorn herein verbieten. In einem weiteren Schritt möchte Die Linke über einen Antrag prüfen lassen, inwieweit es sinnvoll ist, ein Versiegelungskataster für das Stadtgebiet zu erstellen. Dort sollen dann neben anderen bisher nicht bekannten Versiegelungen auch schon bestehende Schottergärten erfasst werden.
http://www.linksfraktion-mg.de

Stadt schaut bei Wohnungsverkauf an Fonds im Sanierungsgebiet Neu-Tannenbusch nur zu: Bonn. Zur eingereichten Anfrage der Linksfraktion, „Eigentümerwechsel bei großen Wohnimmobilien im Sanierungsgebiet Neu-Tannenbusch" erklärt Holger Schmidt, sozialpolitischer Sprecher: Seit dem Jahr 2013 gilt in Neu Tannenbusch eine Sanierungssatzung, die es ermöglichen soll, vorhandene „städtebauliche Missstände" zu verringern und u.a. über das Programm „Soziale Stadt" Fördermittel für Veränderungen zu nutzen. Als Ziel der Sanierung wurde insbesondere auch die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungsbestände zur Herstellung gesunder Wohnverhältnisse benannt. Tatsächlich ist in den vergangenen fünf Jahren in Neu-Tannenbusch einiges geschehen, allerdings an vielen Wohngebäuden auch wenig bis nichts. So auch bei den Vonovia-Wohnungen zwischen Oppelnerstr., Ostpreußenstr. und Kattowitzer Weg, die im Herbst des letzten Jahres an eine Fondsgesellschaft weiterverkauft wurden. Solch ein Verkauf muss im Sanierungsgebiet Neu-Tannenbusch von der Stadt grundsätzlich genehmigt werden. Dieser Genehmigungsvorbehalt ist einer der Vorteile eines Sanierungsgebiets – so wie auch eine erweiterte Möglichkeit, ein städtisches Vorkaufsrecht auszuüben. Trotz des unstrittigen Sanierungsbedarfs der Vonovia-Gebäude hat die Stadt Bonn jedoch weder ein Vorkaufsrecht ausgeübt, noch die Genehmigung vom Abschluss eines städtebaulichen Vertrags abhängig gemacht, der den Neuerwerber auf eine Sanierung verbindlich verpflichtet hätte. Dies ist aus Sicht der Linksfraktion unverständlich, weil der Sinn einer Sanierungssatzung ja gerade darin besteht, mit weiterreichenden Instrumenten auf die Eigentümer einzuwirken, damit tatsächlich ansprechende und gesunde Wohnverhältnisse erreicht werden.
https://www.linksfraktion-bonn.de

EGB Europawahlprogramm

Ein nützliches Dokument

Von Rolf Gehring, Brüssel

In 23 knapp gehaltenen Punkten hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sein Programm für die Europawahlen präsentiert. Das Programm liegt in verschiedenen Sprachen vor und könnte durchaus mit den Worten zusammengefasst werden:
Wählen gehen – Errungenschaften verteidigen und das bestehende Europa ausbauen und sozialer gestalten.
Das Programm enthält sich damit der meist kenntnislosen Kritik am angeblichen demokratiefreien Europa und wiederholt auch nicht die eher reflexionsfreie Forderung nach einem neuen Europa. Prominent im Programm ist auch die Forderung nach mehr Demokratie am Arbeitsplatz. Hierzu gibt es eine parallele Kampagne des EGB, die auf Revisionen in den einschlägigen schon existierenden Richtlinien fokussiert. Der EGB weist auch auf Erfolge hin, darauf, dass es sich lohnt Einfluss zu nehmen – einiges sei schon erreicht.

Insgesamt ist das Programm stark in Fragen einer gerechten Verteilung und auch stark auf diesen Bereich der Teilhabe und der Umverteilung ausgerichtet. Es bleibt eher vage bei dem, was eine „neue Wirtschaftspolitik" sein könnte, und trifft damit eine generelle Schwäche der europäischen Gewerkschaften und ihrer Politik. Proklamationen zu Wirtschaft, zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Wirtschaftspolitik verbleiben meist im Raum der makroökonomischen Bekenntnisse und werden selten operativ. Konkrete Produktentwicklung, Produktkritik, Vorstellungen zur Produktionsorganisation oder zur wirtschaftlichen Entwicklung in Regionen, im ländlichen Raum usw. sind eher eine Seltenheit.

Eine weitere konzeptionelle Schwäche der EGB-Politik findet sich an den Stellen, in denen es um die Bedeutung der strukturierten Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital geht und um die Bedeutung von Tarifverträgen und der Tarifautonomie. Der EGB unterstreicht die Bedeutung beider Aspekte. Er fordert aber im gleichen Atemzug die Politik auf, den sozialen Dialog politisch zu fördern und zu rahmen sowie die Wirkungsbereiche der Tarifverträge zu erhöhen. Gibt es in diesem Bereich nicht eher eigene Aufgaben? Heißt Koalitionsfreiheit nicht, dass Gewerkschaften mehr Mitglieder und Durchsetzungskraft gewinnen müssen?

Hier zuletzt angesprochen, aber eigentlich zuerst zu nennen: Der Aufruf bekennt sich zu der Tatsache der Migration, zur Integration und zur Notwendigkeit des Erhalts internationaler Kooperation und internationaler Strukturen. Er fordert auf, Europa zu entwickeln, nicht neu zu erfinden und er weist auf Möglichkeiten hin dies zu tun – ein nützliches Dokument.

Dem EGB gehören (Stand: August 2016) 89 nationale Gewerkschaftsbünde aus 39 europäischen Staaten und 10 europäische Branchenverbände mit insgesamt 45 Millionen Mitgliedern an, drei Gewerkschaftsbünde haben Beobachterstatus … Der EGB arbeitet mit gewerkschaftlichen Akteuren aus den mit der EU assoziierten Ländern und Regionen zusammen und kooperiert auch mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. –
Abb. (Logo des EGB) und Infos : https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Gewerkschaftsbund

Dokumentiert: EGB Europawahlprogramm (Auszüge)

1. Die *Europa-Wahlen – vom 23. bis zum 26. Mai 2019* – werden für die arbeitende Bevölkerung von großer Bedeutung sein. Das neu gewählte Europäische Parlament kann entweder die Chance wahrnehmen, die EU zu einem besseren Ort zu machen, oder aber die über viele Jahre aufgebaute europäische Kooperation zu unterminieren.
2. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) – mit etwa 45 Millionen Mitgliedern in 90 Gewerkschaften aus 38 Ländern – ist davon überzeugt, dass ein gerechteres Europa möglich ist, gestützt auf *Demokratie und soziale Gerechtigkeit,* gute Arbeit und höhere Löhne, *sozial nachhaltige und gerechte Übergänge* hin zu einer kohlenstoffarmen und digitalen Wirtschaft. Dies sollte die Grundlage sein für einen neuen Gesellschaftsvertrag.
4. Der EGB ruft alle Gewerkschaftsmitglieder und alle WählerInnen dazu auf, *an den Europäischen Wahlen teilzunehmen* und Parteien und KandidatInnen ihre Stimme zu geben, die unsere gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen und so eine bessere Zukunft für Frauen und Männer, Jung und Alt schaffen werden.

DIE KRISE HINTERLÄSST TIEFE NARBEN

7. Veränderung ist möglich. Europa kann eine Kraft im Dienste des sozialen Fortschritts sein. Nationalismus bietet keine Lösungen für die Probleme unserer Zeit – nicht für die Monopolmacht und Steuervermeidung multinationaler Konzerne, nicht für Niedriglöhne und Armut, nicht für den Klimawandel, die Umweltverschmutzung oder den Terrorismus. Gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten kann die EU sicherstellen, dass wir alle an dem Wohlstand teilhaben, den wir zusammen schaffen.
8. Der EGB hat sich bei den führenden Köpfen der EU unnachgiebig für einen Politikwechsel starkgemacht und so schon einige sichtbare Verbesserungen erreicht. Auf heftigen gewerkschaftlichen Druck hin hat die EU einen neuen Investitionsplan ausgearbeitet, die „Europäische Säule sozialer Rechte" verabschiedet, neue Gesetzesvorschläge für bessere Arbeitsbedingungen vorangebracht und Fortschritte in Sachen nachhaltige Wirtschaftspolitik gemacht. Diese Maßnahmen sind wichtig, wenngleich nicht ausreichend, und die EU muss noch viel weiter gehen – hin zu einem neuen „Gesellschaftsvertrag", der den BürgerInnen eine gerechtere und egalitärere Gesellschaft mit echten Chancen für alle bietet.

DEMOKRATIE

9. *Unsere Demokratie wird von Extremisten bedroht* – innerhalb der EU, an unseren Grenzen und darüber hinaus. Der EGB ruft die EU zum Handeln auf, um Demokratie und demokratische Prinzipien, Gewerkschafts- und Frauenrechte zu verteidigen, den Rechtsstaat zu schützen, keine Toleranz für Hassreden und Volksverhetzung zu zeigen, die

demokratische Teilhabe zu stärken und das Recht des/der Einzelnen, von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zum Einsatz für die öffentliche Sache zu bewahren.

10. Demokratie muss mehr sein als der Gebrauch des Wahlrechts. Sie muss eine tatsächliche Einbindung in politische Entscheidungen sowie *demokratische Teilhabe* in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz bedeuten. Nationale Regierungen müssen damit aufhören, die EU für jene Fehlentscheidungen verantwortlich zu machen, die sie selbst außerhalb des ordentlichen demokratischen Entscheidungsprozesses der EU durchgesetzt haben.

11. Ein solider *sozialer Dialog* und effektive *Tarifverhandlungen*, vor allem auf sektoraler Ebene, sind wesentliche Instrumente wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Demokratie. Das Recht der ArbeitnehmerInnen, informiert und angehört zu werden sowie in Änderungsprozessen am Arbeitsplatz teilzunehmen, muss gestärkt werden, auch durch europäische Betriebsräte.

12. Die EU muss den EU-Vertrag um ein soziales Fortschrittsprotokoll ergänzen, um sozialen Rechten Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Freiheiten zu geben.

GUTE ARBEIT UND HÖHERE LÖHNE

13. Europa braucht eine *neue Wirtschaftspolitik,* die Wachstum fördert, von dem alle profitieren und nicht nur privilegierte Kreise. Progressive und nachhaltige Wirtschaftsreformen müssen umgesetzt werden, damit das „Europäische Semester" gerecht und sozialer wird, öffentliche und private Investitionen angekurbelt und neue Instrumente geschaffen werden, die ArbeitnehmerInnen vor Wirtschaftskrisen und Schocks schützen. Reformen des EU-Budgets, der Währungsunion und der wirtschaftlichen Governance müssen sicherstellen, dass soziale Gerechtigkeit mit Wettbewerbsfähigkeit einhergeht.

GERECHTE ÜBERGÄNGE

16. Die Lösung – für Lohnsteigerungen, einen höheren Lebensstandard und Arbeit für alle – sind *Tarifverhandlungen:* Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften für gerechte Löhne und Arbeitsbedingungen, vor allem auf sektoraler Ebene in allen Branchen und Ländern. Dazu müssen die EU und die nationalen Gesetzgeber die Kapazitäten und das Verhandlungsgewicht der Sozialpartner wieder stärken, sodass Tarifvereinbarungen abgeschlossen und umgesetzt werden können und einen größeren Teil der ArbeitnehmerInnenschaft abdecken.

17. Die parallel ablaufenden Übergänge zu einer einerseits *kohlenstoffarmen* und andererseits *digitalen* Wirtschaft müssen so gesteuert werden, dass es keine Verlierer gibt. Wir brauchen eine neue Industriepolitik für die EU, um neue Arbeitsplätze und Chancen zu schaffen und um sicherzustellen, dass das EU-Wettbewerbs- und Unternehmensrecht nicht ArbeitnehmerInnen-, Gewerkschafts- und soziale Rechte beschneidet. Mehr Demokratie in den Betrieben würde ebenfalls dabei helfen, sozial gerechten Wandel zu bewerkstelligen.

19. Das bedeutet, dass *alle ArbeitnehmerInnen in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen*, in der Plattformwirtschaft und „Gig Economy" wie auch in herkömmlicheren Sektoren, einschließlich Selbstständigen, gute Löhne, gleichen Zugang zu hinreichender sozialer Sicherung und dieselben Rechte wie alle andere ArbeitnehmerInnen haben müssen, darunter auch das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten und in Tarifverhandlungen zu gehen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

20. Die EU muss ihr Sozialmodell erneuern, indem sie die *„Europäische Säule Sozialer Rechte"* auf europäischer und nationaler Ebene vollständig umsetzt. Hierzu gehören das Recht auf hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, gerechte Arbeitsbedingungen, faire Löhne, sichere Beschäftigungsverhältnisse, Geschlechtergerechtigkeit, die Work-Life-Balance und öffentliche Leistungen von hoher Qualität. Zugang zu funktionierenden Systemen sozialer Sicherung, gerechten Renten, Wohnung und Sozialleistungen muss für alle garantiert werden, auf Basis gleicher Beiträge und empfangener Leistungen. Die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften müssen dabei auf allen Ebenen eingebunden werden.

21. *Migration* muss so gesteuert werden, dass die Menschenrechte geschützt, alle Menschen bei der Arbeit und als Teil der Gesellschaft gleich behandelt werden und es nicht zu Ausbeutung kommt. Durch europäische Zusammenarbeit müssen wir die Integration und Eingliederung von MigrantInnen gewährleisten – dies ist im Interesse aller. Faire Mobilität muss allen ArbeitnehmerInnen, aus der EU wie aus Drittstaaten, garantiert werden und der Kampf gegen Sozialdumping muss eine Priorität sein.

23. Die EU sollte auf eine Stärkung des Bekenntnisses zu internationaler Kooperation hinarbeiten, auch indem sie die Demokratie innerhalb der UN und der IAO unterstützt, sowie andere internationale Organisationen demokratischer machen und soziale Gerechtigkeit fördern.

Quelle: https://www.etuc.org/en/publication/etuc-programme-eu-elections-2019

DOK Blick in die Presse

THEMA: SOLIDARISCHES EUROPA

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

EU–Arbeitsbehörde wird gegründet. ... Die Behörde kann die Rechte von grenzüberschreitend tätigen Beschäftigten stärken, indem sie den nationalen Aufsichtsbehörden hilft, die EU-Arbeitsrechtsregelungen umzusetzen und Verstöße im Bereich Arbeitsmobilität, sozialer Sicherheit und Entsendung von Beschäftigten zu verhindern. Künftig können Gewerkschaften und Beschäftigte Verstöße an die EU-Arbeitsbehörde melden ... Sie hat weitreichende Kompetenzen bei der Koordinierung der Sozialversicherungssysteme und Sicherung der Tarifautonomie zur Erreichung kollektiver Vereinbarungen. Aus Sicht der Gewerkschaften muss die Arbeitsbehörde außerdem Scheinselbstständigkeit, Briefkastenfirmen und andere betrügerische Geschäftsmodellen bekämpfen. Dafür wird eine enge Kooperation mit den Gewerkschaften notwendig sein ...
(27.2.19, IGM-Verbindungsbüro Brüssel)

IG BAU: Solidarisches Europa ohne Rechtspopulismus! Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) wirbt, am 26. Mai zur Europa-Wahl zu gehen und eine proeuropäische Partei zu wählen. „Europa hat uns viel gegeben – vor allem Frieden und Wohlstand. Wir können auf ein gemeinsames Europa nicht verzichten. ... Dafür brauchen wir EU-Befürworter im Europäischen Parlament und keine rechtspopulistischen, nationalistischen Hetzer. ... Frieden, Solidarität und Umweltschutz wie sie für uns in der EU selbstverständlich geworden sind, lassen sich in autokratischen Staaten nicht durchsetzen ... Europas Zukunft steht auf dem Spiel. ... Entweder ein gemeinsames Europa, das wir solidarisch gestalten können oder zurück auf den nationalistischen Weg, der uns schon einmal ins Elend gestürzt hat."
(PM IG BAU, Vorstandsbereich Bundesvorsitzender)

EU-Parlament stimmt für besseren Schutz vor ausländischen Direktinvestitionen. Besonders aus China, Russland und Brasilien haben diese Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) drastisch zugenommen. Die neuen Regelungen sind das erste EU-Instrument zur Überprüfung von FDI aus Gründen der Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung, wenn diese durch undurchsichtige Unternehmen mit staatlicher Beteiligung oder mit Verbindungen zur Regierung getätigt werden, oder Auswirkungen auf EU-Programme und Projekte haben können.
(PM des EU-Parlaments, 27.2.19)

Christoph Cornides. Mit freundlicher Genehmigung einer der Mitautor*innen, der Bundestagsabgeordneten Gökay Akbulut, drucken wir nachfolgend den Bericht von Gökay Akbulut, Christine Buchholz, Ulla Jelpke, Martina Renner – alle Bundestagsabgeordnete DER Linken – über die Antirassismuskonferenz der Linksfraktion am 1. März 2019 in Berlin ab. Der Bericht ist an den Vorstand der *Bundestagsfraktion der Linken* und an den *Arbeitskreis V (Arbeitskreis BürgerInnrechte und Demokratie)* der Bundestagsfraktion gerichtet. Er verweist auch auf verschiedene weitere Aktivitäten der Bundestagsfraktion zu den Themenfeldern Internationalismus, Antirassismus, Antifaschismus, Menschen und Bürger-Innrechte.

Die Autorinnen betonen die Bedeutung der unmittelbaren Zusammenarbeit mit den Organisationen und Initiativen der Geflüchteten, der Migrant*innen und auch mit Vertreter*innen verschiedener Religionsgemeinschaften. Sie alle „... brachten in der Debatte auch ihre Erwartungen an Die Linke im Bundestag zum Ausdruck, die sie als mögliche Bündnispartnerin bei diesem Thema sehen." Den Kurs der Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen verteidigen die Autorinnen ausdrücklich gegen Kritik aus der Organisation „Terre des Femmes". Ebenso werden Störfeuer eines Journalisten der „Welt", der „... versuchte mit dem Thema Antisemitismus in der Linken zu provozieren", fortgesetzt in der Ausgabe die „Welt" vom 2.3.2019, zurückgewiesen. Mit der Antirassismus-Konferenz „Solidarität ist unteilbar" gelingt es der Bundestagsfraktion der Linken offensichtlich, den Kurs fortzusetzen, den sie mit der kritischen, aber klar positiven Aussage zum UN-Migrationspakt auch öffentlich wahrnehmbar eingeschlagen hat.

Bericht „Solidarität ist unteilbar". Antirassismus-Konferenz

Bericht an Fraktionsvorstand und Arbeitskreis BürgerInnrechte und Demokratie
Gökay Akbulut, Christine Buchholz,Ulla Jelpke, Martina Renner

An der Konferenz „Solidarität ist unteilbar. Antirassismus-Konferenz der Linksfraktion" am 1. März 2019 nahmen knapp 200 Menschen teil. Die Teilnehmenden kamen aus antirassistischen Initiativen und Beratungsstellen, aus Migrantenselbstorganisationen, aus Hochschulen, aus muslimischen und jüdischen Gemeinden, vom Zentralrat der Roma und Sinti, aus der Linken, von Behörden, aus Frauenorganisationen, von „Seawatch", aus Bündnissen gegen Rechts oder Bündnispartnern des „Unteilbar"- oder des „Aufstehen-gegen-Rassismus"-Bündnisses.

Die Konferenz steht in der Tradition einer ganzen Reihe von Großveranstaltungen der Fraktion zum Themenfeld („Refugees welcome – Flüchtlinge willkommen" Berlin 2015, „Welcome 2 stay" Leipzig 2016), verortete sich in den antirassistischen und antifaschistischen Protesten des Jahres 2018 und bot eine Gelegenheit zum inhaltlichen Austausch.

Die Fraktion hatte mit Prof. Dr. Iman Attia von der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin eine angesehene Wissenschaftlerin zum Einleitungsvortrag eingeladen. Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus Organisationen sprachen über ihre Erfahrung mit unterschiedlichen Formen von Rassismus, über Rassismus gegen Schwarze und Geflüchtete, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus. Sie brachten in der Debatte auch ihre Erwartungen an Die Linke im Bundestag zum Ausdruck, die sie als mögliche Bündnispartnerin bei diesem Thema sehen.

Erstmals ist es der Linksfraktion gelungen, die gesamte Breite der migrantischen Selbstorganisationen und der von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Gruppen einzuladen und damit auch unsere Wertschätzung für deren Arbeit in diesem Bereich zu dokumentieren. Auch von Seiten der Referent_innen wurde mehrfach auf die bemerkenswerte Zusammensetzung der Konferenz verwiesen, mit der sich die Fraktion als Bündnispartnerin im Themenfeld Antirassismus verankert hat und diese Gruppen nicht länger dem Umfeld der Grünen überlässt. Eine Referentin hob ausdrücklich hervor, wie angenehm es sei, zu einem Thema, das nicht ausdrücklich ein „Frauenthema" sei, überwiegend von fachkundigen Frauen umgeben zu sein – auf die Auswahl weiblicher und nicht-weißer Gäste war in der Vorbereitungsgruppe besonders geachtet worden.

Es gab eine lebendige, sachliche und solidarische Debatte, bei der von den Referentinnen und auch aus dem Publikum Fragen, Anforderungen und Vorschläge an die Bundestagsfraktion gerichtet wurden: Es ging dabei um das Verhältnis von Rassismus und Kapitalismus, die Rolle von Trumps Rassismus, Rassismus als Spaltungsinstrument von oben oder die Forderung nach Empowerment-Räumen, bis hin zu Handlungsmöglichkeiten gegen Hatespeech und das Scheitern des Untersuchungsausschusses zu Oury-Jalloh im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Im Vorfeld der Konferenz hatte es insbesondere von „Terre des Femmes" Kritik an der Auswahl der muslimischen Referentinnen gegeben. Die beteiligten MdB hatten eine schriftliche Antwort auf diese Kritik vorbereitet, die sich im Anhang befindet und die auf der Konferenz verteilt wurde. Eine Vertreterin von „Terre des Femmes" brachte in der Fragerunde diese Kritik noch einmal vor – und wurde daraufhin von der Hauptrednerin scharf zurückgewiesen („Terre des Femmes" sei bekannt für ihre rassistischen Interventionen. Zum Hintergrund: progressive Kräfte haben dort im Vorstand die Mehrheiten verloren.)

Ein Journalist der „Welt" versuchte mit dem Thema Antisemitismus in der Linken zu provozieren – doch auch das wurde vom Podium mit Hinweis auf das Thema des gemeinsamen Kampfes

Antirassismus-Konferenz Berlin, Bilder: Christian Ratz in Kommunalinfo Mannheim,
https://kommunalinfo-mannheim.de/2019/03/05/antirassismus-konferenz, weitere Berichte und Fotos s. dort

gegen Rassismus zurückgewiesen. Ohnehin bestand Gelegenheit, alle in der Auftaktveranstaltung aufgeworfenen Fragen in fachspezifischen Workshop zu diskutieren.

Die Teilnehmenden konnten in sieben Workshops mit jeweils zwei Referent_innen einen Aspekt/ bzw. ein Unterthema vertiefen. In der Schlussrunde zeigten die Berichte aus den Workshops die Bandbreite der Debatte von „Antirassismus und soziale Kämpfe", „Rassistische Polizeigewalt und Widerstand", „Antidiskriminierungsarbeit im Alltag", „Feminismus und Rassismus", „Rassismus und die europäische Rechte", „Antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus" bis zu „Rassismus in den Medien".

Die Konferenz steht in der linken Tradition der Antirassismus-Arbeit und nun im März auch in der Zeit der Internationalen Wochen gegen Rassismus, die bundesweit stattfinden. Als Linksfraktion wollen wir den Kampf gegen Rassismus und gegen die Rechte konstruktiv und bündnis-orientiert mitgestalten.

Schlussfolgerungen:

Zur Auswertung und Nutzung der Konferenz wollen wir
1. Ein zusammenfassenden Bericht mit Fotostrecke, eine inhäusig zu erstellende Dokumentation und den Mitschnitt des Auftaktpanels (Einleitungen MdB, Referat Prof. Dr. Iman Attia, erste Runde Podium) online stellen
2. 500 Exemplare der Dokumentation drucken lassen
3. Die Antwort an Terre des Femmes wird im Rahmen des Berichts veröffentlicht

Die Gründe für eine aus unserer Sicht mangelhafte öffentliche Begleitung der Konferenz durch die Fraktion (Werbung, Social Media, Twitter etc.) sollten im Rahmen des Fraktionsvorstandes noch einmal zum Thema werden. Hierzu zählt auch die nicht stattgefundene Umsetzung von beantragten und auch genehmigten Werbemaßnahmen im Vorfeld (Facebook-Anzeigen). Änderungen im Verlauf der Vorbereitungen einer Veranstaltung in dieser Größenordnung sind nicht ungewöhnlich, dennoch ist fraglich, warum die beteiligten OrganisatorInnen über solche Änderungswünsche und /oder Einschränkungen durch den Vorstand nicht benachrichtigt wurden.
Die *junge Welt* hat die Konferenz gut zusammengefasst: www.jungewelt.de/artikel/350284.auf-spurensuche.html

Mit solidarischen Grüßen

Gökay Akbulut, Christine Buchholz, Ulla Jelpke, Martina Renner

DOK Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten

Redaktionsnotizen • Zusammenfassung: Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

Die „kulturpolitische Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes". Die Große Anfrage von Dr. Mark Jongen (AfD) und weiterer sowie die Antwort der Bundesregierung wurde im Bundestag debattiert.
Jongen warf der Regierung vor, sie stelle mit ihrer Ankündigung, die Provenienzforschung zum Kulturgut aus kolonialem Erbe in deutschen Museen fördern und vorantreiben zu wollen, Moralismus über Recht und kultiviere einen Schuldkomplex in Bezug auf die deutsche Kolonialgeschichte, der als psychopolitische Grundlage für die Akzeptanz von Massenmigration und Multikulturalismus dienen solle. „Es wird munter weitergehen mit dem Ausverkauf unseres Landes". Im Zuge des Kolonialismus seien zwar „... schlimmste Verbrechen begangen worden", aber: „Der europäische Kolonialismus unterband weitgehend gewaltsame Versklavungsprozesse, unterdrückte die Warlords und stabilisierte Lebensverhältnisse; er hat Afrika nach einer 1000-jährigen Geschichte von blutigster Gewalt und Völkermorden die Möglichkeit zu neuen Wegen eröffnet." Zitiert wird hier der „Historiker und Sklavereiexperte" Prof. Egon Flaig, der nicht nur den Kolonialismus als segensreich betrachtet, er meint auch, dass die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus keinesfalls den Kern der Erinnerungskultur darstellen sollte. Dauerhaft bestehen könne „das deutsche Volk nur als normales Volk, nicht als stigmatisiertes." (FAZ, 11.7.11). Flaig gehörte zu den Erstunterzeichnern der „Autoren gegen illegale Masseneinwanderung" 2018.
Der nächste Redner Helge Lindt (SPD) fragt Jongen, „... wie können wir ausverkaufen, was uns zu großen Teilen gar nicht gehört?" ... wir merken auch – da ist die Große Anfrage der AfD der beste Beweis –, dass dieser Kolonialismus offensichtlich bis heute ... eine schwere Traumatisierung inmitten unserer Gesellschaft hinterlassen hat. Denn Sie sind zutiefst geprägt, geradezu besessen von dieser Thematik . ... Es ist nicht an uns, zu entscheiden, ob unrechtmäßig enteignete Güter in den Keller oder in den Hof gestellt, in Rituale eingespeist werden oder sonst was damit gemacht wird. Wir sind nicht in der Position, Bedingungen zu stellen, Sie erst recht nicht!". ... Des Weiteren – das ist die Steigerung Ihrer Großen Anfrage ins Unermessliche – kommt tatsächlich die Frage – ... ob es bei der Bundesregierung Hinweise gäbe, dass afrikanische Länder die restauratorischen bzw. kuratorischen und konservatorischen Leistungen hinreichend gewürdigt hätten. Geht es noch? Wo sind wir denn? Wir sind diejenigen, die sich mit der Schuld der Täter als deren Nachkommen auseinandersetzen wollen. Jetzt verlangen wir von den Betroffenen und den Nachkommen der Betroffenen, sie hätten unsere restauratorischen Leistungen bei gestohlenem Gut würdigen müssen. Das meinen Sie nicht ernsthaft!" Die Rede wurde mit viel Applaus von SPD-, Grünen-, Linken- und CDU-Abgeordnete bedacht.

Am Holocaust-Gedenktag wurden die hessische und deutsche Fahne vor der Polizeistation in Schlüchtern kopfüber und auf Halbmast gehisst. Das gilt international als Zeichen der Ablehnung des Staats, national als symbolische Geste von Neonazis. Innenminister Beuth (CDU) gerät unter Druck, da er nicht zeitnah informiert hatte. Der Staatsschutz ermittelt gegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staats, die Beamten, die im Januar im Dienst waren, sind versetzt worden. Die Linke geht von gezielter Provokation aus und stellt den Innenminister selbst in Frage, nachdem eine Rechtsanwältin mehrere mit NSU 2.0 unterschriebene Drohbriefe bekam und deshalb in der Frankfurter Polizei immer noch ermittelt wird. Beuth werden auch unverhältnismäßige Polizeieinsätze und inhumane Abschiebepraxis vorgeworfen.

Esther Bejarano:„Tanzen und Singen ist meine Rache an den Nazis."
Esther Bejarano und die Microphone Mafia kamen auf Einladung von „Bunt statt Braun" nach Mühlheim a.M. – die Veranstaltung war ausverkauft. Esther Bejarano, jetzt 94 Jahre alt, schilderte, wie sie 1943 von den Nazis als 19-jährige Jüdin ins KZ Auschwitz deportiert und grauenvolle Erfahrungen mit der SS machen musste. Ihr Glück war, dass junge Frauen in der Lager-Kommandantur gesucht wurden, die Musik machen konnten, um die SS-Aufseher zu unterhalten. Sie wurde im Mädchenorchester aufgenommen, weil sie Akkordeon und Flöte spielte, was ihr das Leben rettete. Zu dritt traten anschließend Esther, ihr Sohn Joram Bejarano und der bekannte Rapper Kutlu Yurtseven auf. Sie sangen bekannte Lieder wie das jüdische „Sog nischt kejnmol", aber auch das türkische Widerstandslied „Insanlar" und den Kölner Song „Wann jeiht d'r Himmel widder up". Die Appelle, gegen Rassismus und Faschismus aufzustehen, der wieder in unserer Gesellschaft Auftrieb hat, richteten sie an Alle. Die einmalige Mischung von Volkslied und Rap, von Gesang, Tanz, Trauer, Hoffnung und Witz, leidenschaftlich vorgetragen in gegenseitigem Respekt, war ein unvergessliches Erlebnis. Esther Bejaranos Appell: Liebe das Leben und verteidige die Freiheit!

2019. Politische Zeitenwende in Deutschland?

Kommentar zu aktuellen Entwicklungen des Parteiensystems.

Dr. Harald Pätzolt; Berlin, 13.2.2019

1. Zum Ende des Jahres 2017, nach der Bundestagswahl, habe ich in einem Vortrag in Elgersburg auf den Befund der Parteienforschung hingewiesen, dass die Parteien in Deutschland wohl programmatische Unterschiede aufwiesen, aber dem Parteiensystem (den rechten Rand ausgenommen) die Polarität fehlte. Daher die Schwierigkeit der Wahl für viele Bürgerinnen und Bürger. Im Wahlkampf selbst gab es Versuche, diesen Mangel an Polarität symbolisch oder personell zu kompensieren, was, man erinnert sich an Martin Schulz, nur mäßig erfolgreich war.

Mit der aktuellen Kurskorrektur der CDU in Sachen Migration und der SPD für ihr Sozialstaatsverständnis deutet sich ein eine Polarisierung des Parteiensystems über die sogen. Volksparteien an. Diese Polarisierung verläuft interessanterweise auf der altbekannten Achse Markt–Staat. Oder, mit den Worten des CDU-Fraktionschefs Ralph Brinkhaus: Die CDU kümmert sich um die Wirtschaft, die SPD um die Nachsorge.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass sich daraus eine Win-Win-Situation für beide Parteien entwickelt. Es sind die weit verbreiteten und von Vielen erinnerten Images dieser Parteien, die wieder bedient werden. Polarität bringt Orientierung und damit Zuspruch. Das muss sich nicht sofort in Umfragen abbilden, aber beide ziehen Aufmerksamkeit und Interesse auf sich.

Für **Die Linke**, die vor einer Europawahl, vier Landtagswahlen und diversen Kommunalwahlen steht, wird eine solche Entwicklung überall dort zur Gefahr, wo der Kontakt der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik im Alltag und damit die Resonanz nur schwach sind. Je weniger greifbar, desto mehr klischeebehaftet die Parteien. Das dürfte in ländlichen Regionen der Fall sein.

2. Die **SPD** hat die ersten Teile eines Konzeptes für den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts vorgelegt. Es geht darin um eine *Neuordnung der modernen Arbeitswelt* und um eine *Aufwertung der Lohnarbeit,* wie die Redaktion des „Sozialismus“ in einem Kommentar richtig feststellt. (12. Februar 2019 Redaktion Sozialismus, *Vor einer Linkswende der SPD?*) Es geht um die Solidargemeinschaft, um Flexibilität der Sozialsysteme, Weiterbildung, einen neuen Betriebsbegriff, um Arbeitsrechte in der Plattformwirtschaft und um eine Grundabsicherung nach unten – im Zeitalter der digitalen Revolution.

3. Die Motivation dieses bemerkenswerten programmatischen Schritts scheint mir in der Annahme der SPD-Führung zu liegen, dass es in diesem Jahr mit Sicherheit zum Abschied Angela Merkels aus dem Kanzleramt kommen wird.

Gleich, ob eine solche Situation mit einem Wechsel der Koalitionspartner, mit Neuwahlen oder nur mit Neuverhandlung des bestehenden Koalitionsvertrages verbunden sein wird, für die SPD ist heute bereits existenziell, sich deutlich zu profilieren.

Das versucht die SPD nicht nur im Programmatisch-Großen, sondern auch im Koalitionsalltags-Kleinklein. Es hat schon Methode, wenn einige SPD-Regierungsmitglieder den Koalitionsvertrag so frei wie in dieser Legislaturperiode noch nie auslegen und damit jedes Mal in der Sache und medial ein kleines politisches Momentum auf ihrer Seite haben: Grundrente – aber ohne Bedürftigkeitsprüfung, Maklergesetz – so nicht im Koalitionsvertrag, Klimaschutz – die Ressorts Wirtschaft, Energie und Verkehr sollen es dann umsetzen.

Hierbei schafft die SPD in Regierung noch keine Sollbruchstellen. Aber sie baut bewusst Spannung auf, setzt die Union unter Druck. Wir wissen, dass die skeptische SPD-Wählerschaft von heute und einst sich in gehörigem Abstand, in Wartestellung zu den Parteien links von der Union befindet. Das Schauspiel muss schon noch eine Weile laufen, die Dramaturgie stimmen und die Besetzung gut spielen, ehe wieder Beifall geklatscht werden wird. Das weiß die Führung der SPD so gut die die der Union.

4. Die damit aufscheinende Frage nach den Machtoptionen der **SPD** wird von deren Parteiführung heute nicht vordergründig koalitionsstrategisch diskutiert. Im Mittelpunkt steht für die Parteiführung aktuell die **gesellschaftspolitische Bündnisfrage.** Mit ihrem neuen Sozialstaatskonzept geht sie entschieden auf die Gewerkschaften, ihren wichtigsten potentiellen Verbündeten in der Zivilgesellschaft, zu und wird versuchen, die mit dem bisherigen Mangel an Polarität verbundenen Haltung der Äquidistanz aufzulösen.

Die GroKo ist weiter eine Option. Das Konzept der SPD ist in wesentlichen Punkten, Stichworte wären Aufhebung der Hartz IV-Sanktionen oder Grundrente, mit der CDU verhandelbar. Auch das Konzept ist nicht die Sollbruchstelle. Gleichwohl ist in ihm die Möglichkeit einer Eskalation parteipolitischen Konflikts mit der Union absichtsvoll angelegt.

5. Die **CDU** stärkt ihren Markenkern der Wirtschaftspartei und holt sich ihr altes Image der Law-and-Order-Partei, Stichwort Migration, zurück.

6. Sicher ist es, aus meiner Sicht, für die **Linke** eine Herausforderung, dass sich die SPD, nach W. Brandts Ostpolitik, dann der Lafontaine-Schröderschen „Innovation und Gerechtigkeit“ endlich wieder „der Zukunft zugewandt“ gibt. Die Reaktionen aus der Führung der Linken waren selbstbewusst-trotzig, die SPD bringe nichts Neues, habe bei der Linken abgeschrieben, meine es nicht ernst, gehe nicht weit genug usw. usf. Dabei hatte doch der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, schon vorher für einen neuen Sozialstaatsdialog mit SPD und Grünen plädiert. Das wäre das Gegenteil von SPD-Bashing.

Fazit: Die Antwort der Linken auf die Offensive der SPD kann nur heißen: Wir nehmen die Herausforderung an! Wettbewerb, kompetitives Verhalten scheint angesagt. Ob sich daraus eine Perspektive der Kooperation ergibt, wird man sehen.

2019 [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

vorauss. Datum	Land/Bund/EU	Art der Wahl	Turnus in Jahren
26. Mai	Europäische Union	Europawahl	5
26. Mai	Bremen	Bürgerschaftswahl	4
26. Mai	Baden-Württemberg	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Brandenburg	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Hamburg	Bezirksversammlungswahlen	5
26. Mai	Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Rheinland-Pfalz	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Saarland	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Sachsen	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Sachsen-Anhalt	Kommunalwahlen	5
26. Mai	Thüringen	Kommunalwahlen	5
1. Sep.	Brandenburg	Landtagswahl	5
1. Sep.	Sachsen	Landtagswahl	5
27. Okt.	Thüringen	Landtagswahl	5

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_voraussichtlicher_Wahltermine_in_Deutschland

„Die Anerkennung des Islam in der Öffentlichkeit durch den Status ‚Körperschaft des öffentlichen Rechts' ist für uns von großer Bedeutung"

Interview der Politischen Berichte mit Herrn Faizan Ijaz, Personalleiter der Religionsgemeinschaft „Ahmadiyya Muslim Jamaat" und Vorsitzender von An-Nusrat – Islamischer Wohlfahrtsverband in Frankfurt

Politische Berichte (PB): *Wer ist die Religionsgemeinschaft „Ahmadiyya Muslim Jamaat"? Was ist der Kern ihrer Botschaft?*
Faizan Ijaz: Zunächst vielen Dank, dass ich hier Ihre Fragen beantworten darf. Ahmadi-Muslime sind Muslime, die sich zu allen Lehren des ursprünglichen Islam bekennen. Wir sind eine Reformbewegung, die sich für die ursprünglichen Werte des Islam einsetzen will.

Wir haben zwei elementare Botschaften: Dem Schöpfer zu dienen und Seiner Schöpfung zu dienen. Dies sind die beiden Hauptaussagen, die der Begründer der Ahmadiyya formuliert hat. Für uns sind die wichtigsten Werte des Islam: Barmherzigkeit gegenüber allen Menschen, Gerechtigkeit und die Wahrung der menschlichen Würde, Gleichwertigkeit von Mann und Frau, Trennung von Religion und Staat und friedliches Miteinander der Religionen.

PB: *Die Ahmadiyya Muslim Jamaat ist über 100 Jahre alt. Was ist ihr geschichtlicher Ursprung?*
Faizan Ijaz: Die Ahmadiyya Muslim Jamaat wurde 1889 als muslimische Reformbewegung in Qadian, Nordindien gegründet. Indien war damals unter britischer Herrschaft. Die Muslime waren zu einem großen Teil aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen. Dies hatte auch den Grund, dass sie sich von den Werten des Islam entfernt hatten. Unsere Bewegung stand von Anfang an für Bildung, Rationalität und Fortschritt. Dies erlangen wir dadurch indem wir zu der ursprünglichen Weisheit des Islam zurückkehren. Wir glauben, dass der von allen Muslimen erwartete Reformer und Messias in der Person Seiner Heiligkeit Hadhrat Mirza Ghulam Ahmad, dem Begründer unserer Gemeinde, erschienen ist.

Herr Faizan Ijaz ist 38 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder. Anfang 90er ist er nach Deutschland eingewandert. Nach dem Abitur hat Herr Ijaz Jura studiert und später Personalmanagement. Bei der Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) ist er u.a. zuständig für die Antragstellung der „Körperschaft des öffentlichen Rechts" (KdöR) Anträge. Mit dieser Thematik ist er seit knapp 10 Jahren beschäftigt. Seit den letzten 5 Jahren ist Herr Ijaz auch zuständig für die Themen der Wohlfahrt in der AMJ.

PB: *Die Ahmadiyya Muslim Jamaat ist in Hessen und Hamburg eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts". Welche Vorteile hat das für sie?*
Faizan Ijaz: Wir haben den Körperschaftsstatus in Hessen seit 2013 und in Hamburg seit 2014. Für das interne Gemeindeleben erlaubt uns der Körperschaftsstatus, dass wir uns selbst strukturieren können. Hierbei stehen uns als öffentliche Körperschaft mehr Möglichkeiten zu als zum Beispiel in einem eingetragenen Verein, wo die rechtlichen Vorgaben stark zivilrechtlich orientiert sind. Im Außenverhältnis bietet der Körperschaftsstatus den Vorteil, dass wir verfassungsgemäß anerkannter Ansprechpartner für den Staat sind. Rechtlich sind wir den Kirchen gleichgestellt. Die mit Verfassungsrang ausgestattete Anerkennung des Islam ist für uns von großer Bedeutung.

Inwiefern dann das ganze „Privilegienbündel", das man mit diesem Status erhält, für uns im Einzelnen von Vorteil ist – dies herauszuarbeiten ist eine längerfristige Aufgabe. Das Grundgesetz gibt uns dazu ja große Gestaltungsfreiheit.

PB: *Hatten Sie Hindernisse bei der Antragstellung zu überwinden?*
Faizan Ijaz: In Hessen haben wir den Antrag auf Anerkennung als „Körperschaft des öffentlichen Rechtes" 2011 eingereicht. Wir hatten keine großen Hindernisse. Einmal, weil wir mit der rechtlichen Situation vertraut waren. Unsere interne Struktur war bereits für die Anforderungen an eine Körperschaft angelegt. Aber auch das Ministerium war sehr kooperativ. Es hat uns bei der Antragstellung geholfen. Ich muss aber dazu sagen: damals war der politische Wille gegeben; sowohl in Hessen als auch in Hamburg. Mit der Zeit hat sich aber vieles verändert: Die Anforderungen an eine Anerkennung sind mehr und mehr angehoben worden. Auch der politische Wille scheint nicht mehr vorhanden zu sein. Das hat aber nichts mir uns als Gemeinde zu tun, sondern ist mehr auf den Wechsel des Islambilds in der Öffentlichkeit zurückzuführen. Aber wir sind guter Dinge, dass es mit der Anerkennung in anderen Ländern wie zum Beispiel in NRW auch klappen wird.

PB: E*ine Bedingung der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechtes von Seiten des Staates ist eine „verfestigte Struktur", die bei der beantragenden Religionsgemeinschaft gegeben sein muss. Wie ist die Gemeindestruktur bei Ihnen organisiert?*
Faizan Ijaz: Unsere Gemeinde ist sehr gut strukturiert. Wir sind die älteste islamische Religionsgemeinschaft in Deutschland. Bereits seit 1955 sind wir als eingetragener Verein organisiert. Zunächst hatten wir in Hamburg, später dann in Frankfurt unsere Zentrale. Es hat aber auch damit zu tun, dass wir nicht direkt vergleichbar sind mit anderen islamischen Verbänden in Deutschland. Unsere Struktur unterscheidet sich dadurch, dass wir seit jeher ein Bundesverband waren. Und die rechtliche Transformation als „Körperschaft des öffentlichen Rechtes" ist auch in dieser Form geschehen. Die Ahmadiyya Muslim Jamaat hat keine lokalen eingetragenen Vereine oder Verbände, die von dem Bundesverband unabhängig wären. Wir waren seit jeher ein Bundesverband mit lokalen Gemeinden. Diese sind unter unserem Dach organisiert. Das Gemeindeleben findet aber natürlich selbständig in den lokalen Gemeinden statt. Man könnte unsere Struktur mit der von Kirchen vergleichen. Da gibt es die Landeskirchen und darunter die einzelnen Gemeinden. Sie wissen vielleicht von den anderen islamischen Gemeinden, dass es dort hingegen Dachverbände gibt, Landesverbände und Moschee-Gemeinden. Das ist bei uns anders.

Das „Institut für islamischen Theologie und Sprachen“ in Riedstadt-Goddelau

PB: *Wie gestalten Sie die Ausbildung ihrer Geistlichen?*
Faizan Ijaz: Vor etwa zehn Jahren haben wir unser „Institut für islamischen Theologie und Sprachen“ in Riedstadt-Goddelau gegründet. Wir nennen es „Jamia Ahmadiyya Deutschland“ und dieses Institut haben wir als private Hochschule gegründet. Insgesamt gibt es weltweit acht solcher Einrichtungen. Das erste Institut in der westlichen Hemisphäre hatten wir in Kanada. Danach in England und jetzt hier in Deutschland. Das ist ein Campus, wo Studenten, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sieben Jahre studieren, um Imame – also muslimische Geistliche – zu werden. Das Studium ist kostenlos. Es gibt ein Studentenwohnheim, eine Mensa, eine Bibliothek – alles was dazugehört und für Studenten wichtig ist. Aktuell studieren dort knapp 100 Studenten. Jedes Jahr schließen etwa 20 Studenten ihre Ausbildung ab und werden anschließend als Imame in den Gemeinden eingesetzt.

PB: *In welcher Sprache wird unterrichtet?*
Faizan Ijaz: Es wird dort Deutsch, Englisch, Arabisch und Urdu gesprochen. Das sind auch die Sprachen, die dort auch unterrichtet werden. Viele Schriften unserer Gemeinde sind auf Urdu oder auf Arabisch verfasst. Die Studenten lernen diese Sprachen in den ersten beiden Jahren. Es gibt Studenten, die in ihrer Kindheit Urdu zu sprechen nicht gelernt haben. Im Folgestudium beschäftigen sich die Studenten mit der Theologie, Religionsvergleichung usw. Ein Mindestmaß an sprachlicher Begabung ist für dieses Studium erforderlich.

PB: *Gibt es auch in diesen Sprachen theologische Literatur?*
Faizan Ijaz: Die gemeindeeigene Literatur ist überwiegend auf Urdu, Englisch und Arabisch. Dann haben wir natürlich auch deutsche Literatur. Ein Großteil der deutschen Literatur sind Übersetzungen aus dem Urdu.

PB: *Neugierig möchte ich die Frage anschließen: Gibt es bei Ihnen auch Frauen, die Theologie studieren? Gibt es Imaminnen?*
Faizan Ijaz: Ja. Das gleiche Studium gibt es auch für Frauen. Wir haben in Kanada eine „Aysha Akademie“. Nach diesem Vorbild wird demnächst auch hier in Deutschland ein theologisches Institut für Frauen eingerichtet. Dort studieren Frauen das gleiche wie die Männer, nur in kompakter Form. Das Studium dauert hier drei Jahre. Man kann zwar nicht sagen, dass sie Imaminnen werden. Der Imam ist ja erst mal nur ein Vorbeter. Frauen können vorbeten, wenn nur Frauen im Gottesdienst anwesend sind.

PB: *Wie unterrichten Sie Ihre Kinder?*
Faizan Ijaz: Unsere Kinder haben verschiedene Möglichkeiten, sich der Religion zu nähern. Viel passiert natürlich zu Hause in der Familie und natürlich in den Gemeinden. In Hessen bieten wir darüber hinaus seit ca. drei Jahren den konfessionellen Unterricht an öffentlichen Schulen an.

PB: *Hat die Ahmadiyya Muslim Jamaat eigene soziale Einrichtungen?*
Faizan Ijaz: Wir haben vor sechs Monaten den ersten islamischen Wohlfahrtsverband „An Nusrat“ gegründet, das ist arabisch und heißt „Die Hilfe“ bzw. „Helfer“. Demnächst planen wir die Gründung von Kindergärten. Wir sind dazu im Rhein-Main-Gebiet mit einigen Städten in Verbindung. Diese Kindergärten werden natürlich für alle Kinder offen stehen. Man muss nicht Muslim sein, um in unseren Kindergarten aufgenommen zu werden. Außerdem planen wir weitere soziale Aufgaben wahrzunehmen. Wir orientieren uns hier an der Caritas und Diakonie: Kinder- und Jugendhilfe, Seelsorge, Altenpflege. Unsere sozialen Einrichtungen sind von dem islamischen Wohlfahrtsgedanken geprägt, stehen aber selbstverständlich allen Bürgern offen.

PB: *Ist die Ahmadiyya Muslim Jamaat beteiligt an gesamtgesellschaftlichen Einrichtungen wie Universitäten, Kultureinrichtungen und Medien?*
Faizan Ijaz: Ja, wir kooperieren mit verschiedenen Institutionen. Wir stehen mit verschiedenen islamischen Lehrstühlen an Universitäten im Gespräch. Auch im Rundfunkrat ist ein islamischer Vertreter dabei. Die konkrete Vorgehensweise wird inhaltlich zwischen den verschiedenen islamischen Verbänden erarbeitet.

Das Oberhaupt der weltweiten Ahmadiyya Muslim Jamaat, Hadhrat Mirza Masroor Ahmad, bei Eröffnung des ersten „Instituts für islamische Theologie und Sprachen“ in Deutschland im Dezember 2012 im Kreis der Studenten.

PB: *Wie organisieren Sie Ihre Finanzierung? Etwa z. B. über eine Moschee-Steuer oder die staatlichen Finanzämter?*

Faizan Ijaz: Eine Moschee-Steuer, also eine Steuer analog zur Kirchensteuer, gibt es bei uns nicht. Unsere Finanzen sind so organisiert, dass wir ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert sind, die in Deutschland getätigt werden. Die Spenden werden persönlich in den Gemeinden eingesammelt. Das Geld wird dann den Gemeinden zur Verfügung gestellt und dort nach einem bestimmten Schlüssel an die einzelnen Gemeinden verteilt. So können die Gemeinden ihre Programme, die sie für ein gesamtes Jahr im Voraus planen, verwirklichen. Wir betrachten die Mitgliedsbeiträge aber nicht als „Steuer". Dieser Begriff passt nicht zu unseren theologischen Vorstellungen. Wir sehen Spenden als eine Art von Opfergaben, die von den Mitgliedern persönlich geleistet werden. Hier ist für uns der persönliche Kontakt zu den einzelnen Gemeindemitgliedern sehr wichtig.

PB: *Mit dem Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts" ist das Thema „Rechtstreue" verbunden. Wie sehen Sie das Verhältnis von bürgerlichem Recht, etwa dem Grundgesetz, zu religiösen Geboten?*

Faizan Ijaz: Bei uns ist das relativ unproblematisch und konfliktfrei. Denn nach Auffassung der Ahmadiyya Muslim Jamaat kennt der Koran keinen „islamischen Staat", um mal diesen Ausdruck zu gebrauchen. Nach unserer Auffassung ist jeder Staat säkular. Für uns darf der Staat darf keinen Unterschied machen in Bezug auf seine Bürger, ob sie Muslime sind oder nicht. Zusammengefasst ist das oberste Gebot, das der Koran vorgibt, Gerechtigkeit. Wenn man den Islam so versteht, ist es leicht, sich dem Grundgesetz verpflichtet zu fühlen. Bei unseren Gemeindemitgliedern gibt es da auch keine Probleme. Sollte es mal zu einem Konfliktfall kommen, ist der Rechtsweg offen. Eine Bekämpfung staatlicher Institutionen ist nicht erlaubt.

PB: *Es gibt also nicht den immer wieder in der Öffentlichkeit beschworenen Widerspruch zwischen „westlicher Demokratie", den „Menschenrechten" und dem Islam?*

Faizan Ijaz: Nach unserer Auffassung gibt es diesen Wiederspruch nicht.

PB: Vielen Dank für dieses Interview.

Das Interview wurde am 26. Februar 2019 geführt von Karl-Helmut Lechner

Einladung zu einem Treffen am 11./12. Mai 2019 in Sprockhövel zum Themenkomplex Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Beginn: am **11.5.** um **13 Uhr – Ende:** am **12.5**. um ca. **13 Uhr**– Ort: **IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel** – Otto-Brenner-Str. 100; 45549 Sprockhövel

Vorläufige Tagesordnung:

1) Transformation – Diskussionen und programmatische Orientierung bei der IG Metall

Was verändert sich in den Arbeitsprozessen und den Berufsbildern? Energie- und Mobilitätswende – was tun aus Sicht der IG Metall? Mit der Debatte zur „Transformation" öffnet die IG Metall den Raum für Überlegungen zur Produktentwicklung und Produktkritik, zur Bewältigung technologischer Umbrüche, aber auch zur Arbeitsgestaltung. Eine Bestandsaufnahme.

2) Das Duales Ausbildungssystem – Historie / Entwicklung / Perspektiven)

Vorstellung und Sachstandsbericht zu einem Projekt der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie / Soziale Befreiung in der Partei Die Linke, das sich mit den Entstehungsbedingungen, den Entwicklungen und den Perspektiven des Dualen Ausbildungssystem und den dahinterliegenden Änderungen in den beruflichen Anforderungen befasst.

3) Wirtschaftspolitik der EU /Wirtschaftspolitik in der EU – Anknüpfungspunkte für linke Politik

Ein genauerer Blick auf die diversen Politikbereiche und Programme der EU belegt vielfältige Anknüpfungspunkte für wirtschaftspolitische Gestaltung und Initiativen. Vielfach blendet die an der EU vorgetragene Kritik diese Möglichkeiten aus. Der Beitrag soll das Verständnis dieser Politikbereiche der EU fördern.

4) Anstehende Gewerkschaftstage bei IG Metall und Verdi

Austausch zu den organisationsinternen Diskussionen und den Vorbereitungsständen für die Gewerkschaftstage.

5) Bericht Tarifrunde(n) Verdi

Information, Nachlese und Austausch zu den Tarifabschlüssen von Verdi im öffentlichen Dienst.

Übernachtung: Im Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall sind ausreichend Zimmer reserviert. Die Übernachtungskosten betragen voraussichtlich 58,85 Euro pro Zimmer (Einzel- oder Doppelzimmer). **Anmeldungen + Kontakt:** Anmeldungen bitte richten an: Rolf Gehring – **rgehring@efbh.be;** Tel: **+32(2)473-27 53 05**

www.dielinke-europa.eu/de/topic/1144.ausgabe-17-2019.html
europaROT Nr. 2/19. 16 Seiten, Zeitungsformat, (255*360 mm)

INHALT:

Zukunft der EU – Ein linkes Europa und seine Zivilgesellschaft. Seite 2/3: Rechtsextremismus in der EU / Gabi Zimmer | Grundrechte, Migration, Privatsphäre – „Die Mutter aller Probleme", Cornelia Ernst.

Zukunft der EU II – Ein demokratisches und soziales Europa? Seite 4/5: Deal or No Deal – der Brexit ist Herausforderung für die gesamte EU / Helmut Scholz | Eine einheitliche Arbeits- und Sozialgesetzgebung – eine Utopie? / Thomas Händel & Frank Puskarev.

Außen- und Sicherheitspolitik – EU als Brand- oder Friedensstifter? Seite 6/7: EU–Türkei: Ersetzt Betroffenheit und stützt endlich die demokratische Opposition! / Martina Michels | 70 Jahre Israel: Kämpfe und Solidarität der Linken in Israel und Europa / Martina Michels | „Fonts for Freedom" – Militärmacht Europa / Sabine Lösing | Für ein Europa ohne Militarisierung / Martin Schirdewan.

Europäische Linke. Seite 8/9: Europa-Karte: Die linke Fraktion im Europaparlament GUE/NGL und die Europäische Linkspartei.

Arbeit, Wirtschaft und Kultur: EU-Lebensalltag der Menschen gestalten. Seite 10/11: Entsenderichtlinie – Geschichte eines Fortschrittsin Sachen soziales Europa / Thomas Händel & Frank Puskarev | Ein Company-Law-Package für Beschäftigte / Martin Schirdewan.

DIE LINKE macht den Unterschied: Digitaler Binnenmarkt oder Digitale Gesellschaft? / Martina Michels | Brot oder Bomben? Der soziale EU-Haushalt / Gabi Zimmer & Thilo Janssen.

Handel und Globalisierung: Globaler Fußabdruck: Seite 12/13: Die Weltwirtschaft stellt uns vor neue Herausforderungen / Helmut Scholz | Waffen schaffen keinen Frieden / Sabine Lösing | Für eine sozial-ökologische Wende in Europa! / Cornelia Ernst & Manuela Kropp.

Haushalt, Finanzen und Steuern: Waffengeschäfte, Kürzungen und Steuerflüchtlinge. Seite 14/15: Europäisches Investitionsprogramm für sozial-ökologischen Umbau ist machbar / Martina Michels | Zahltag für Google, Facebook und Co. / Martin Schirdewan | EU-Kriegskasse getarnt als Friedensinstrument / Sabine Lösing.

21. Dezember
1848
Deutschland

Versammlungsfreiheit? – Wichtig!

1848 gefordert – 1849 versagt: Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis bedarf es nicht.

Von Thomas Birg, Hattingen

Von der Bedeutung her sind moderne Verfassungen grundlegende Gesetzestexte, auf denen das Rechtssystem eines Staates aufbaut. Ideengeschichtlich entstanden diese Verfassungen in vordemokratischen Zeiten als Schutzanspruch gegenüber den Herrschenden, die über dem Gesetz standen. Eine solche Möglichkeit zur Willkür konnte nur durch ein Gesetz begrenzt werden, an das auch die Herrschenden gebunden wurden.

Damit es soweit kommen konnte, mussten die Untertanen gegen Gesetze verstoßen. Das Freiheitsrecht sich versammeln zu dürfen, wurde von den Herrschenden schließlich nicht immer eingeräumt. Um politische Meinungsbildung und bürgerschaftliche Selbstartikulation zu betreiben, traf man sich gezwungenermaßen im Geheimen und Illegalen.

Es war eine Zeit, in der große Bevölkerungsteile nach politischen und gesellschaftlichen Veränderungen strebten. Da sie keine politische Teilhabe ausüben konnten, insbesondere die Machtlosen, dienten Versammlungen dazu, Auffassungen im kollektiven Zusammenwirken Ausdruck zu verleihen. Sie waren Motoren der Veränderung und damit aus Sicht der Herrschenden auch bedrohlich.

Europaweit fand die Verbreitung des Verfassungsgedankens und der Demokratie, der Kampf um Grundrechte, zur Zeit der Aufklärung mit der Französischen Revolution von 1789 und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ihren Ausgang. So brachten die französischen Revolutionstruppen nicht nur politische Ideen, sondern auch Symbole, z.B. Freiheitsbäume zu pflanzen, 1792 nach Deutschland mit.

Wie auch in anderen Gesellschaftsordnungen gab es Möglichkeiten zu selbst organisierten Versammlungen in Deutschland lange vor dem politischen Kampf um die Versammlungsfreiheit und deren rechtlicher Anerkennung. Schon im mittelalterlichen Recht gab es Korporationen zur Selbst-Herrschaft und Selbstversammlung. Eine davon abgeleitete allgemeine Versammlungsfreiheit existierte jedoch nicht. Gab es dies dennoch, reagierten die Herrschenden mit Verboten von Zusammenschlüssen und Vereinigungen. Mit der Reichsexekutionsordnung von 1555 wird die Behandlung solcher Angelegenheiten, wie heute noch üblich, in die Hände der zuständigen regionalen Polizeibehörden gegeben.

Außerhalb geschlossener Verbände erhalten Versammlungen im 18. und 19. Jahrhundert als Zusammenkunft zur Diskussion öffentlicher Angelegenheiten zunehmend an Bedeutung. Es geht einher mit dem Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen und politischer Emanzipation vor dem Hintergrund der Ablösung mittelalterlich geprägter Sozialverbände und den immer stärker zu Tage tretenden sozialen Konflikten.

Die noch weitgehend absolutistisch geprägte Obrigkeit versucht sich dem mit Hilfe des Polizeirechts, als Mittel obrigkeitlicher Gegenwehr, zu widersetzen: „Allem Zusammenlaufe des Volks an ungewöhnlichen Zeiten und Orten, besonders aber nächtlichen Schwärmereyen, und Beunruhigungen der Einwohner eines Orts, soll von der Obrigkeit durch ernstliche Mittel gesteuert werden."

Auch die Demagogenverfolgung im späteren Deutschen Bund diente der Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen. Die Karlsbader Beschlüsse (Hyperlink zu Wikipedia) von 1819 zementierten die Überwachung und Bekämpfung nationaler und liberaler Tendenzen und waren Ausdruck der Revolutionsangst an manchen deutschen Fürstenhöfen.

So erklärt sich auch die Reaktion der bayerischen Regierung, die 1832 die erste politische Großveranstaltung der deutschen Demokratiegeschichte verbieten wollte.

Die Einladung zum Hambacher Fest besaß nach Auffassung der Obrigkeit, einen aufrührerischen Charakter. Ein großer Proteststurm zwang die Regierung zur Rücknahme des Verbots.

In Süddeutschland und in einigen mitteldeutschen Staaten werden in Folge erste Verfassungen erlassen, die zugleich im Bürger ein Engagement für den neuen Staat wecken sollen. Einzelne Konstitutionen enthalten auch Grundrechte, wie die Verfassung Badens von 1833. Doch insgesamt agierte die Obrigkeit zu langsam und unterdrückend. Der gewaltsame Umsturz und die Befreiung aus der Unterdrückung brach sich in ganz Europa in Revolutionen Bahn.

Nach der Märzrevolution in Deutschland 1848 verkündet die Frankfurter Nationalversammlung in der Deklaration der Grundrechte des deutschen Volkes:

„Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis

https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/77/Hambacher_Fest_1832.jpg

Das Hambacher Fest

Rolf Gehring, Brüssel. Gewissermaßen ein Kristallisationspunkt des Kampfes um den öffentlichen Raum, besser gesagt seiner Neubesetzung in einer dynamischen gesellschaftlichen Umbruchsituation war das Hambacher Fest, auf dem die neuen Gesellschaftsklassen den öffentlichen Raum und symbolträchtige Plätze besetzen.
Freiheitsrechte, Nationalstaatsbildung und die Vorstellung eines geeinigten Europa waren tragende Ideen und Ziele der Zeit, aber auch die beginnende geistige und soziale Ausdifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaften verlangten nach Ausdrucksformen und neuen Praktiken, die nur durch individuelle Rechte, eben bürgerliche Freiheiten, gesichert werden konnten.
20 000 bis 30 000 Männer und Frauen aus allen deutschen Landen und aus anderen Ländern kamen nach Neustadt, um das Fest am 27. Mai 1832 zu feiern.

bedarf es nicht. Volksversammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden."

1849 scheiterte die Märzrevolution, und die Annahme des Entwurfs für die Verfassung des deutschen Reichs wurde vom preußischen König und anderen Fürsten abgelehnt, die politischen Auseinandersetzung und die praktische Ausübung des Versammlungsrechts blieben auf der Tagesordnung. Erst mit der Weimarer Verfassung von 1919 wurde für Deutschland ein Gesetz umgesetzt, welches einen Grundrechtekatalog enthielt. Mit der Übertragung der Macht auf die Nationalsozialisten und der Reichstagsbrandverordnung von 1933 wurde dieser wieder außer Kraft gesetzt.

Erst durch die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1945 wurde der Weg für den Schutz der Beherrschten wieder möglich. Am 23. Mai 1949 erließ der Parlamentarische Rat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) für die drei westlichen Besatzungszonen und zementierte damit eine Spaltung, die nach 40 Jahren von sich versammelnden Menschen beendet wurde.

Mit dem als Brokdorf-Beschluss bekannt gewordenen Urteil von 1985 bekräftigt das Bundesverfassungsgericht den Stellenwert dieses Freiheitsrechts. Es erkennt die Verzerrungen des demokratischen Willensbildungsprozesses vor dem Hintergrund sozialökonomischer Bedingungen an. Die Bürger sind an der Willensbildung in unterschiedlichem Maß beteiligt. Der ohnmächtige Staatsbürger sieht sich mit einer Übermacht aus großen Verbänden, finanzstarken Geldgebern oder Massenmedien konfrontiert. Neben der organisierten Mitwirkung in Parteien und Verbänden bleibt ihm nur noch die kollektive Einflussnahme durch Nutzung der Versammlungsfreiheit für Demonstrationen.

Mit dieser Begründung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit als unentbehrliches Funktionselement eines demokratischen Gemeinwesens gab das Gericht dem Gesetzgeber vor, dieses Freiheitsrecht beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften zu beachten. Die Vorgabe bezog sich auch auf die Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte und schrieb eine „versammlungsfreundliche" Orientierung vor.

Es lohnt gerade heute wieder daran zu erinnern. Die Auseinandersetzungen um die Waage zwischen Schutz- und Abwehrrecht des Rechtträgers und der Schutzpflicht des Hoheitsträgers gehen weiter.

Robert Blum

„Es hätte nie ein Christentum und nie eine Reformation und keine Staatsrevolution und überhaupt nichts Gutes und Großes gegeben, wenn jeder stets gedacht hätte: Du änderst doch nichts!" (Brief an seine Schwester, 1844)

Von Thomas Birg, Hattingen. Robert Blum wird am 10. November 1807 in Köln geboren. Aus ärmlichen Verhältnissen stammend, aber hochbegabt bildet er sich z.T. autodidaktisch weiter. Nach dem er vom Gymnasium abgehen muss, ergreift er verschiedene Gelegenheitsberufe.

Als Gelbgießer auf der Walz und für die Laternenfabrik Schmitz tätig, siedelt er schließlich nach Berlin über. Er besucht als Nichtstudent Vorlesungen bis zur Einberufung durch das Militär. Wegen angeborener Sehschwäche schnell wieder entlassen, verliert er auch seine Anstellung aufgrund der Wirtschaftslage und zieht zurück nach Köln.

1832 zieht er als Theatersekretär nach Leipzig und wird journalistisch und verlegerisch tätig. Im Vormärz wird er in liberal-demokratischen Vereinigungen politisch aktiv und veröffentlicht Anfang der 40er Jahre die oppositionellen „Sächsischen Vaterlandsblätter". Nach dem Verbot der Zeitung gibt er die „Constitutionelle Staatsbürgerzeitung" heraus.

Er kritisiert öffentlich die Kleinstaaten und behördliche Unterdrückungsmaßnahmen. Anfangs noch Anhänger des Liberalismus, entwickelt er sich zum Republikaner und Demokraten und wird 1845 zum Mitbegründer der deutschkatholischen Bewegung.

1848 als Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und der Deutschen Nationalversammlung wird er zum herausragenden Sprecher der linken Abgeordneten und Führer der demokratischen Fraktion im „Deutschen Hof".

Sein politisches Wirken (Ablehnung der konstitutionellen Monarchie; Emanzipation der Arbeiterklasse durch Bildung und Beteiligung an politischen Entscheidungen; gegen die Vormachtstellung von Nationen und für ein in allen Teilen freies Europa) führt zu Angriffen von liberalen und konservativen Kräften, als Gegner der Gewalt sucht Blum aber immer den politischen Kompromiss.

Die Wiener Revolution am 6. Oktober führt Blum als Leiter einer Delegation vor Ort, und er nimmt an der Verteidigung Wiens teil. Nach dem Sieg der kaiserlichen Truppen verhaftet, wird er trotz bestehender Immunität am 8. November zum Tode verurteilt. Das Urteil wird am nächsten Tag vollstreckt.

„Der Gedanke der Befreiung und Erlösung der Völker [...] Das Ziel der Verbrüderung des freigewordenen oder freiwerdenden Westens, das ist es, dem ich meine Stimme leihe. Mit der Erreichung dieses Ziels ist die Freiheit und der Friede in Europa gesichert, mit der Erreichung dieses Zieles ist die größte und intelligenteste Abteilung der europäischen Staatenfamilie in einer unbesiegbaren Vereinigung zusammen [...]"
(22. Juli. 1848, Frankfurter Paulskirche)

Die Tradition des Freiheitsbaums als lebendes Symbol für individuelle Freiheit und gegen Tyrannei ...

... geht auf eine Bostoner Ulme zurück, die ein Versammlungspunkt für den wachsenden Widerstand gegen die englische Herrschaft kurz vor der amerikanischen Revolution war. Die Tradition kam in Folge auch nach Europa und wurde als Zeichen des Protests und Bekenntnis zu den Idealen der Revolution von der Obrigkeit bestraft. Sie war gewissermaßen das Symbol der Besetzung des (nun) öffentlichen Raumes, das Sichtbarwerden sozialer Gruppe, die öffentliche Präsentation von sozialen Interessen. Thomas Birg, Hattingen

Oben: „Der Freiheitsbaum. Die Französische Revolution in Schilderungen Goethes und Forsters, 1792/1793. Buchumschlag, div. Antiquariate, zvab.com, bookloker.de.
Rechts: Hendrick Joseph Dillens (belgischer Künstler, 1812–1872) Kinder pflanzen den Freiheitsbaum, 1832–1832, http://www.artnet.com/artists/hendrick-joseph-dillens/kinder-pflanzen-den-freiheitsbaum-2DwKmv0uYNWSUOERHkEH3Q2

Inhalt

Erfreuliche Neuigkeiten bei der Linken: Europaparteitag überraschend deutlich proeuropäisch 2

Europawahlprogramm 2019: internationalistisch, sozial, für Menschen- und BürgerInnenrechte und linke EU-Reformpolitik 3

Für eine neue Entspannungspolitik 4

Sklaven am Bau – Situation im Vereinigten Königreich 6

Ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete! 6

Aktionen – Initiativen 8

Erhöhung der Entgelte im Volumen von 8 Prozent! • GdP-Bundestarifkommission nimmt Ergebnis der Tarifrunde 2019 an • GEW: Ordentlicher Abschluss • Tarifabschluss für Landesbeschäftigte – Angriff auf die Grundlagen der Entgeltordnung abgewehrt • Für dieses Tarifergebnis haben wir nicht gestreikt! • Bescheidener als behauptet

BürgerInnenentscheid Freiburg: Mehrheit für neuen Stadtteil 10

Kommunale Politik: Freiräume erhalten 12q

Erhalt des Ostermannplatzes richtige Entscheidung: Essen. • Falscher Ort für schöne Pläne: Hamburg. • Schließung Wiesenredder Freibad: unsozial und undemokratisch! Hamburg. • Ratsgruppe Linke und Piraten: Besuch bei den Kleingärtnern in Hannover/Hainholz. • SPD-Fraktion verbreitet Unwahrheit über Kritiker des Günthersburghöfe-Projekts: Frankfurt a.M. • Städtisches Stiftungsland bebauen: Frankfurt.a.M. • Die Linke will mehr und nachhaltigere Alleen: Duisburg. • Die Linke will Schottergärten anzählen! Mönchengladbach. • Stadt schaut bei Wohnungsverkauf an Fonds im Sanierungsgebiet Neu-Tannenbusch nur zu: Bonn.

EGB Europawahlprogramm: Ein nützliches Dokument 14

Blick in die Presse: Solidarisches Europa 15

Bericht „Solidarität ist unteilbar". Antirassismus-Konferenz 16

Rechte Provokationen – Demokratische Antworten 17

2019. Politische Zeitenwende in Deutschland? 18

Interview: „Die Anerkennung des Islam in der Öffentlichkeit durch den Status ‚Körperschaft des öffentlichen Rechts' ist für uns von großer Bedeutung" 19

Treffen am 11./12. Mai 2019 in Sprockhövel: Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik 21

Kalenderblatt, Deutschland 21.12.1848: Versammlungsfreiheit? – Wichtig! 22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 11. April 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 5. April. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

13. und 14. April 2019 in Mannheim, Jugendherberge. Beginn, Einlass/Anmeldung: Samstag, um 13 Uhr. Ende Sonntag um 12 Uhr

Um Anmeldungen wird gebeten an: alfred.kuestler@gnn-verlage.com mit Angabe, ob Übernachtung benötigt wird.

Das vollständige Tagungsprogramm – Zeitablaufplan, Liste der vorbereiteten Beiträge, kann erst bis Ende dieser Woche fertiggestellt werden. Wir müssen dabei auf Anreise und Abreise von Gästen Rücksicht nehmen.

Wer sich angemeldet hat, wird den Flyer per E-Mail erhalten. Das PDF steht dann auch unter http://www.linkekritik.de/index.php?id=tagung zur Verfügung.

Samstag: Die Linke steht im Kampf um Demokratie. Für welche Demokratie tritt sie ein?

Die illiberalen Bewegungen und Parteien Europas sehen in Wahlen und Abstimmungen ein Mittel zur Homogenisierung der Gesellschaft, zur Gleichschaltung der staatlichen Einrichtungen und zur Aushöhlung von Menschen- und Bürgerrechten. Sie haben den Kampf um die öffentliche Meinung und um politische Mehrheiten aufgenommen.

Die linke Kritik an diesen Strömungen ist weitgehend wirkungslos geblieben. In Kampagnen und sogar bei politischen Koalitionen ist es zu Rechts-Links-Überkreuzungen gekommen, was den Vormarsch der Rechten allem Anschein nach begünstigt hat.

Argument und Legitimation entwickeln sich nicht aus dem Augenblick heraus. Haben die heutige Schwächen bei der heute anstehenden Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Wurzeln in einer Kritik an der „bürgerlichen Demokratie", die in der „neuen Linken" der sechziger Jahre im Westen in vielen Varianten auflebte, populär wurde und ein weites Feld politischer Aktionen legitimierte?

Welche Konzepte des „Kampfes um Demokratie" entstanden in der BRD der sechziger Jahre und warum? Die Bandbreite gängiger Schlagworte reichte von „mehr Demokratie wagen" (SPD) über „legal, illegal, scheißegal" bis zu „Feuer und Flamme für diesen Staat".

Wie erklärt sich die damalige Skepsis gegen Gewaltenteilung und Rechtsstaat? Wie stehen wir heute zu Ideen wie „ungeteilte Volkssouveränität" und der „Eroberung der politischen Macht"?

Kann linke Politik die an Menschenwürde und Menschenrechte gebundene, rechtlich geordnete Demokratie als Rahmen emanzipativer Reformpolitik anerkennen und verteidigen?

Wir wollen diese Diskussion in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung führen.

Im Zusammenhang dieser Diskussion wird auch das höchst aktuelle Zusammenspiel Ausländergesetzgebung und -politik der BRD mit der Repression in der Türkei zur Sprache kommen.

Sonntag: Linke Europapolitik – linke Friedenspolitik

Der Europaparteitag der Linken hat von der Charakterisierung der EU als „militaristisches Projekt" Abstand genommen. Damit ist zwar immer noch nicht geklärt, wie man um den Frieden kämpft. Man kann sich aber dieser praktischen Frage zuwenden.

Einen Ansatzpunkt bietet die breite Debatte über der Großen Krieg von 1914 bis 1918. Die Winterschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung hat sich mit dem Großen Krieg und der Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum 20. Jahrhundert beschäftigt und Texte zur sozialistischen Diskussion, dem Nationalismus und Liberalismus wie auch zur Friedensbewegung erarbeitet. Dieses Projekt wird auf der Vereinstagung als Einführung auf die Diskussion europapolitische Friedensstrategien am Sonntagvormittag vorgestellt werden, auch mit dem Ziel, den Kreis der Mitwirkenden zu erweitern.

Sodann wollen wir uns der Vertragslage widmen, die linke Politik in der EU vorfindet. Welche Chancen bietet die angelaufene Diskussion der deutsch-französische Beziehungen für die Platzierung friedenspolitischer Ansätze? Stellt die Kündigung des INF-Vertrages eine konkrete Bedrohung dar oder wird da wieder das Feindbild Russland in Szene gesetzt? Welche Erwartungen haben die östlichen Mitgliedsstaaten an die EU und inwieweit ist die Aufrüstung an der EU-Ostgrenze als Provokation gemeint? Wie entwickeln sich die Beziehungen zwischen Nato und EU? Worauf könnte sich die neue linke Fraktion im Europaparlament konzentrieren?

Wir wollen an die Diskussion bei der Winterschule der ArGe anknüpfen* und hoffen, dass Erhard Crome den Termin in seinem Zeitplan unterbringen kann.

Die Berichte von der Winterschule wurden als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 2/2019 verbreitet und sind im Internet unter http://www.linkekritik.de/index.php?id=632 bzw. herunterzuladen.

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation
Brigitte Wolf, Christoph Cornides